



Mitteilungen der Gesellschaft März 2017

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Berliner Tagung steht kurz bevor. Sie können sich

- für die Tagung selbst,
- für die Rede von Bundesaußenminister Gabriel im Auswärtigen Amt
- und das Abendessen im Kronprinzenpalais

noch bis zum 8. März anmelden. Das Programm und die Anmeldung finden Sie unter: <http://tagung.dgfir.de/> Passwort: DGIR (in Großbuchstaben)

Für manche Punkte, insbesondere für das Begeitprogramm, besteht allerdings keine Anmeldemöglichkeit mehr.

Das Tagungsbüro befindet sich im Foyer des Universitätsgebäudes am Hegelplatz (Dorotheenstr. 24) und ist am Mittwoch, den 15.3., ab 14 Uhr offen. Dort können auch die gebuchten Konzertkarten abgeholt werden.

Ich freue mich, viele von Ihnen bald in Berlin wiederzusehen.

Mit den besten Grüßen

Ihr Georg Nolte

I. Veranstaltungen.....	7
II. Call for Papers.....	16
III. Stellenanzeigen.....	25
IV. Summer Schools.....	48

Inhaltsverzeichnis

I. Veranstaltungen.....	7
1. Richtungsweisende Transparenz? Die Wahl des UN-Generalsekretärs Berlin, 27.02.2017	7
2. Wie kann Gerechtigkeit geschaffen werden? Die Strafverfolgung von Menschenrechtsverbrechen in Syrien Berlin, 02.03.2017	8
3. Privatisation Under Public International Law Cambridge, 07.-10.03.2017.....	9
4. Frankfurt Investment Law Workshop 2017: Oceans and Space: New Frontiers in Investment Protection? Frankfurt a.M., 11./10.03.2017.....	10
5. Legislative Choice between Delegated and Implementing Acts Speyer, 20.03.2017	11
6. Max Planck Dialogues on the Law of Peace and War vol. II - The Applicability of International Humanitarian Law Heidelberg, 30./31.03.2017	12
7. The Future of Trade Defence Instruments: Global Policy Trends and Legal Challenges Brüssel, 30./31.03.2017	12
8. Europa im Gespräch – Control & Return; the European banopticon approach of refugees Fribourg, 13.04.2017.....	13
9. Europa im Gespräch – Control & Return Fribourg, 03.05.2017.....	14
10. VölkerrechtsKulturen: Das Völkerrecht aus lateinamerikanischer Perspektive Kiel, 04.05.2017	15
11. 7. Potsdamer MenschenRechtsTag – Menschenrechte und Integration Potsdam, 10.05.2017	15
12. 6 th ASIANSIL Biennial Conference Seoul, 25./26.08.2017	15

II. Call for Papers	16
1. Contributions for Volume 21 (2016) of A.R.I.E.L.,.....	16
2. Annual Conference on WTO Law.....	16
3. Max Planck Trialogues on the Law of Peace and War vol. II: The Applicability of International Humanitarian Law	17
4. The United Nations Security Council and the Sea	18
5. 12. deutsch-französisches Doktorandenseminar zur Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht, Völker- und Europarecht	18
6. Asia and International Law in Times of Uncertainty.....	19
7. International Investment Law & the Law of Armed Conflict, ESIL IG International Economic Law Colloquium	20
8. European Investment Law and Arbitration Review.....	21
9. Hague Yearbook of International Law	21
10. Human Rights: Fundamental Values in International Law?.....	22
11. Special issue of the Brazilian Journal of International Law on International Investment Law	23
12. Call for Paper on Humanitarian Technology.....	23
13. Jean-Monnet-Saar Blog	24
14. Transitional Justice Review.....	25
III. Stellenanzeigen.....	25
1. Zwei Stellen einer/eines Wissenschaftlichen Mitarbeiterin/Wissenschaftlichen Mitarbeiters	25
2. Senior Research Officer (E13).....	26
3. A Researcher (PhD Candidate) in the Field of Constitutional Identity and Global Migration (65%)	29
4. A Researcher (PhD Candidate) in the Field of Citizenship and Governance in the European Union (65%)	31
5. Eine Stelle als Wissenschaftliche*r Angestellte*r (Doktorandin; 50%)	33

6. Eine Stelle als Wissenschaftliche*r Angestellte* (25-50%)	34
7. Eine Stelle als Universitätsassistent*in (20h/w)	34
8. Eine Stelle als wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in (50%)	36
9. Eine Stelle als wissenschaftliche/-n Mitarbeiter/-in (50%).....	36
10. Law Clerk to Judges of the International Court of Justice	37
11. Postdoctoral researcher in International Law or Private Law	38
12. Eine Stelle als Akademischer Mitarbeiter/Akademische Mitarbeiterin (halbtags)	39
13. Eine Stelle als Research Assistant (50% - 60%)	40
14. Eine Professur für Internationales Unternehmens- und Wirtschaftsrecht (100%)	41
15. Eine Stelle als Wissenschaftliche* Mitarbeiter (50%).....	43
16. Lehrstuhl für Internationale Beziehungen zu besetzen	44
17. Wahlstation im Rechtsreferendariat	45
18. Leibniz-Stipendienprogramm zur Entwicklung von Forschungsprojekten, „Strukturwandel des öffentlichen Rechts“	45
19. Stipendien AK Menschenrechte im 20 Jhd. der Thyssen Stiftung	47
20. Visiting Professorial Fellowship	47
IV. Summer Schools.....	48
1. Redistribution and the Law in an Antagonistic World	48
2. 2017 EUI Academy of European Law Summer Courses.....	48
3. Summer Law Program on International Criminal Law and International Legal & Comparative Approaches to Counter-Terrorism	49
4. The European System of Human Rights Protection.....	50
5. International Children's Rights: Frontiers of Children's Rights	50
6. Human Rights and Transitional Justice: Truth-Finding, Remedies and Reparations	51
7. Summer School on The Law and Practice of International Dispute Settlement.....	51
8. Summer Programme on Disarmament and Non-Proliferation of Weapons of Mass Destruction in a Changing World	52

I. Veranstaltungen

1. Richtungsweisende Transparenz? Die Wahl des UN-Generalsekretärs

Gemeinschaftshaus der Nordischen Botschaften Gemeinschaftshaus der Nordischen Botschaften, Berlin, 27. Februar 2017, 17:30h (anmeldepflichtig)

Zum Jahreswechsel hat der erfahrene UN-Diplomat António Guterres die Nachfolge von Ban Ki-moon als Generalsekretär der Vereinten Nationen angetreten. Seiner Ernennung durch die UN-Generalversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrats war ein für die UN historisches Auswahlverfahren vorausgegangen. Mogens Lykketoft, Präsident der 70. UN-Generalversammlung und Initiator des Verfahrens, hatte eine „transparente und interessante Diskussion über die Zukunft der UN“ versprochen. Mit Blick auf den Ernennungsprozess möchten wir folgende Fragen diskutieren: Wie inklusiv und transparent war die Nominierung des UN-Generalsekretärs tatsächlich? Werden die UN zukünftig transparenter? Ist mit weiteren Reformen innerhalb des UN-Systems zu rechnen und, wenn ja, mit welchen?

Vor diesem Hintergrund lädt die Redaktion der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN, die von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) herausgegeben wird, gemeinsam mit der Botschaft des Königreichs Dänemark in Deutschland zu einer Abendveranstaltung mit Mogens Lykketoft und einer anschließenden Podiumsdiskussion ein. Seit über 60 Jahren informiert die Zeitschrift VEREINTE NATIONEN als einzige deutschsprachige Fachzeitschrift über die Tätigkeiten der Vereinten Nationen. Im Jahr 2016 wurde sie in Kooperation mit der Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) in Berlin einer gestalterischen Auffrischung unterzogen. Die Veranstaltung nehmen wir zum Anlass, die erste Ausgabe der Zeitschrift im neuen Layout vorzustellen.

Hier finden Sie Einladung und Programm der Veranstaltung in deutscher und englischer Sprache:

http://www.dgvn.de/veranstaltungen/einzelansicht/?tx_mjseventpro_pi1%5BshowUid%5D=659&cHash=12b5e59a2e73a22f8e8fa9b7eba19801

Eine Simultanübersetzung deutsch/englisch wird angeboten.

Um Anmeldung bitten wir online bis zum 20. Februar 2017: <http://www.dgvn.de/veranstaltungen/17-02-27-richtungsweisende-transparenz-die-wahl-des-un-generalsekretaers/>. Wir bitten um Verständnis, dass nur ein begrenztes Teilnehmerkontingent zu Verfügung steht und daher kein Anspruch auf Teilnahme besteht.

Veranstalter: Redaktion der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN und Botschaft Dänemarks in Deutschland

Veranstaltungsadresse:

Gemeinschaftshaus der Nordischen Botschaften
Rauchstraße 1
10787 Berlin

2. Wie kann Gerechtigkeit geschaffen werden? Die Strafverfolgung von Menschenrechtsverbrechen in Syrien

Heinrich-Böll Stiftung, Berlin, 2. März 2017 (anmeldepflichtig)

Folter und Exekution von Zivilisten, gezielte Bombardierung von zivilen Einrichtungen und Wohngebieten, – das sind nur einige der Völkerrechtsverbrechen, die alle Parteien im bewaffneten Konflikt in Syrien seit 2011 begangen haben und weiter begehen. Syrische Aktivist_innen dokumentieren die schweren Menschenrechtsverbrechen seit Jahren, um eines Tages die Täter und Verantwortlichen vor Gericht zu bringen.

Doch zurzeit bietet die internationale Strafjustiz kaum Chancen für die Verfolgung der Verbrechen in Syrien: Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) kann nicht tätig werden, denn zum einen ist Syrien kein Vertragsstaat, zum anderen blockiert Russland eine Verweisung durch den UN-Sicherheitsrat an den IStGH. Das Weltrechtsprinzip aber ermöglicht es nationalen Gerichten in Drittstaaten die Taten juristisch aufzuarbeiten und niedrig- wie hochrangige Täter zur Verantwortung zu ziehen. In Deutschland und anderen EU-Staaten haben die Behörden bereits einzelne Ermittlungen und Strafverfahren eingeleitet.

Mit Folterüberlebenden, Anwälten und Aktivisten aus Syrien sowie internationalen juristischen und politischen Experten loten das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und die Heinrich-Böll-Stiftung in zwei Podiumsdiskussionen aus, welche rechtlichen Mittel und Wege im Kampf gegen die Straflosigkeit in Syrien aktuell möglich sind. Es diskutieren unter anderem:

- James Rodehaver, UN Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic (Genf)
- Botschafter Andreas Krüger, Referat Syrien, Irak, Libanon, Auswärtiges Amt
- Anwar al Bounni, Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist aus Syrien
- Mazen Darwish, Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist aus Syrien
- Lotte Leicht, Human Rights Watch (Brüssel)
- Chris Woods, Airwars (London)
- Bente Scheller, Heinrich-Böll-Stiftung (Beirut)
- Wolfgang Kaleck, ECCHR (Berlin)

Einführung: Cem Özdemir, Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Veranstaltung findet auf Englisch und Arabisch mit Simultanübersetzung in den beiden Sprachen statt.

Wir bitten um Anmeldung unter <http://on.boell.de/fa>

Kontakt:

ECCHR: Anabel Bermejo, E-Mail: bermejo@ecchr.eu

Heinrich Böll-Stiftung: Birgit Arnhold, E-Mail: arnhold@boell.de

Weitere Informationen hier: <https://www.ecchr.eu/de/veranstaltungen.html>.

3. Privatisation Under Public International Law

Prof. Dr. Anne Peters (Max Planck Institute, University of Heidelberg), Finley Library,
Lauterpacht Centre for International Law, 7-10 March 2017, 6.00pm-8.00pm

Series abstract: Privatisation Under Public International Law

Public international law feeds on private law sources and analogies, as Hersch Lauterpacht has shown. In the last decades we have been witnessing a dual extension and empowerment of private (business) actors inside and across states: through economic globalisation (rise of global corporations and global supply chains) coupled with a radical shrinking of state-held infrastructure since the 1980s.

The Lauterpacht memorial lectures 2017 examine the deliberate use of private law instruments and actors by public actors. To that end, the lectures examine three classes of actors currently engaged in privatisation: states, international organisations (IOs), and business. With regard to each of the three classes of actors, the lectures will proceed in three steps: mapping and explaining the privatisation phenomena, identifying their opportunities and risks in terms of legal policy, and finally suggesting principles and processes to contain the risks and to safeguard both effectiveness and legitimacy of the privatised activities.

Lauterpacht's original intention of strengthening the element of law, and for countering lawlessness in international relations was in 1927 served by drawing on private law as the best available model of law existing at the time. Ninety years later, Lauterpacht's quest for a "reign of law" in what we now call global governance can be best satisfied by acknowledging and carving out the public-law quality of international law while accommodating and integrating the increasingly important private actors into global governance.

Anne Peters is Director at the Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law Heidelberg (Germany), and a professor at the universities of Heidelberg, Freie Universität Berlin, and Basel (Switzerland). She has been a member (substitute) of the European Commission for Democracy through Law (Venice Commission) in respect of Germany (2011-2014), and served as the President of the European Society of International Law (2010-2012). She was a fellow at the Wissenschaftskolleg in Berlin (2012/013), and held visiting professorships at the universities of Beijing (Beida), Paris I, Paris II, and Sciences Po. Born in Berlin in 1964, Anne studied at the universities of Würzburg, Lausanne, Freiburg, and Harvard, and held the chair of public international law at the university of Basel from 2001 to 2013.

Books (authored and co-edited) include: *Beyond Human Rights* (CUP 2016); *Transparency in International Law* (CUP 2013); *Oxford Handbook of the History of International Law* (OUP 2012),

ASIL certificate of merit); Conflict of Interest in Global, Public and Corporate Governance (CUP 2012); The Constitutionalization of International Law (OUP 2011); Non-state Actors as Standard Setters (CUP 2009); Women, Quotas and Constitutions (Kluwer 1999).

Her current research interests relate to public international law including its history, global animal law, global governance and global constitutionalism, and the status of humans in international law.

She has regularly taught international law, human rights law, international humanitarian law, the law of international organizations, EU law, comparative constitutional law and constitutional theory, and Swiss constitutional law.

4. Frankfurt Investment Law Workshop 2017: Oceans and Space: New Frontiers in Investment Protection?

Goethe University Frankfurt am Main, Campus Westend, 10/11. March 2017 (please register)

Most foreign investments, whether factories for the production of goods, companies for the provision of services, or infrastructure projects for the production of energy, take place on the land territory of a foreign sovereign. Increasingly, however, spaces beyond territorial sovereignty are becoming attractive sites for commercial activities. The oceans have long been used for energy production; the move towards renewables strengthens that trend. The exploitation of natural resources continues apace. Submarine cables and pipelines are vital means of connecting societies and economies. Deep seabed mining, long viewed as the potential next 'gold rush', is becoming viable. What is true for the oceans, seems to come true for outer space. The satellite communications sector has seen significant growth. Space mining and spacefaring are being discussed seriously (again), and space tourism is touted as a potential new business.

The commercialization of spaces beyond territorial sovereignty is in many ways peculiar. However, it does raise fundamental questions that are at the heart of the regime of investment protection. How are the activities of commercial actors operating on the oceans or in space protected against political risk? What law, if any, protects them, and how does it balance commercial interests against regulatory concerns, including the protection of the environment, national security, and the common heritage of mankind? And how can disputes be settled in an effective and balanced manner?

These legal issues have so far hardly been explored by investment lawyers. With commercialization well under way, they merit a systematic analysis. The purpose of this workshop is to offer such an analysis. This will require an investigation of traditional sources of investment protection, such as investment treaties (which may or may not apply to commercial activities beyond areas of territorial sovereignty), contractual arrangements (which may or may not be useful) or national laws (which may or may not apply). Beyond these traditional forms, the discussion will look at new models of balancing regulatory and commercial interests and ask how the law of

the sea, space law and international investment law can interact to shape investment protection regimes beyond areas of territorial sovereignty. In engaging with the 'new frontiers', the 2017 Investment Law Workshop continues the 'Frankfurt tradition' of innovative inquiries into fundamental question of international investment law.

Please see here for more information and program: https://www.uni-frankfurt.de/65022234/FILW-2017-Oceans-and-Space_Program-final-1.pdf

5. Legislative Choice between Delegated and Implementing Acts

Workshop, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, Tagungsgebäude „Otto Mayer“, Vortragssaal, 20 March 2017

Workshop Programme

- 9:15 Introduction: Wolfgang Weiß, Eljalill Tauschinsky
Keynote: Joana Mendes (University of Luxembourg)
- 9:40 Panel 1 Executive Rule-Making Powers, Legitimacy and Institutional Balance in EU Law
Claudia Fuchs and Attila Vincze (WU Wien and Andrassy University Budapest) The impact of the Better regulation policy on delegated and implementing rule-making
Francois Lafarge (ENA and University of Strasbourg) Competition between Articles 290 and 291 TFEU: what are these two articles about? Dmitri Zdobnõh (University of Bologna)
- 11:15 Coffee
- 11:30 Panel 2 Delegated and implementing powers: towards legal confusion and political distinction in environmental matters? Emilie Chevalier (University of Limoges) The legislative choice between delegated and implementing acts in the regulation of pharmaceuticals Sabrina Wirtz (Maastricht University)
- 12:30 Lunch
- 13:30 Panel 3 Lisbon Comitology & Tertiary Law – The example of food law: application requirements, fine-tuning of scope, positive and negative lists Jens Karsten (bxl-law, Brussels) EU Delegation of Rule-Making Power in the field of Financial Markets Matteo Ortino (University of Verona)
- 14:30 Coffee
- 14:45 Panel 4 The conferral of powers to EU agencies: the case of delegated and implementing acts Marios Costa and Michael Kaeding (City University London and University of Duisburg-Essen) Beyond delegated and implementing acts: a third demarcation line?

Merijn Chamon (Ghent University) Delegated powers in EU external relations: In between legislative and non-legislative acts
Andrea Ott (Maastricht University)

16:15 Coffee

16:30 Critical Remarks Gijs Jan Brandsma (Utrecht University)

17:15 Summary and Conclusion Eljalill Tauschinsky, Wolfgang Weiß

Um Anmeldung wird gebeten unter tauschinsky@uni-speyer.de. Die Plätze sind begrenzt.

6. Max Planck Trialogues on the Law of Peace and War vol. II - The Applicability of International Humanitarian Law

Max Planck Institute for Comparative Public and International Law, Heidelberg, 30-31
March 2017

The MPIL announces the second workshop of the Max Planck Trialogues of the Law on Peace and War. The workshop will deal with the applicability of international humanitarian law (IHL). The workshop takes a holistic perspective and tackles the applicability in terms of its scope *ratione materiae*, *personae*, and *temporis*. The workshop will also address new forms of conflict such as hybrid war and deal with the applicable legal regimes (IHL & human rights) as well as their overlap and possible conflicts.

If you are interested to participate as an engaged listener, please respond to our call. Deadline: 15 March 2017

The call can be found here <http://www.mpil.de/de/pub/forschung/nach-rechtsgebieten/voelkerrecht/max-plancktrialogues-on-the-l.cfm>

7. The Future of Trade Defence Instruments: Global Policy Trends and Legal Challenges

Brussels, 30/31. March 2017 (please register until 15. March 2017, with fee)

A conference jointly organized by the University of Passau, the Europa-Institut Saarbrücken, the Institute of European and International Economic Law & the World Trade Institute - University of Berne, and Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP

Venue: Offices of Cleary Gottlieb Steen & Hamilton LLP Rue de la Loi 57, 1040 Brussels, Belgium

Organizing Committee:

Prof. Dr. Marc Bungenberg LL.M. Prof. Dr. Christoph Herrmann LL.M. Prof. Dr. Michael Hahn LL.M. Dr. Till Müller-Ibold LL.M.

This conference is being organized against the backdrop of envisaged important modifications to the European Union's Trade Defence Instruments. The conference will (i) analyse Trade Defence Instruments in their socio-economic, political and legal contexts; (ii) describe the changing international environment, in particular as regards the WTO framework; (iii) look at the EU rules as they exist today, seven years after the entry into force of the Lisbon Treaty; and (iv) consider the envisaged changes to such rules. Finally, the conference will (v) contrast the EU's Trade Defence Instruments with other related legal instruments, such as competition law or regional trade agreements. In this context the implications for the future relationship with the UK after Brexit will also be analysed.

We are looking forward to seeing you in Brussels to discuss these exiting and timely topics.

Further information, registration and assistance with hotel reservations can be requested until 15 March 2017 by sending an email to the following address:

Brussels-TDI-workshop-2017@cgsh.com

Please state the following in your email: Name, Given Name(s), Academic/Professional Title(s), Institution, Address, Registration Fee Category. The total number of participants is limited to 80, requests for participation will generally be accepted, at the discretion of the organizers, on a "first come, first served" basis.

Registration Fees: €50 for students and Ph.D. researchers, €100 for AEI e.V. members and other full time academics, €200 for practitioners and other external participants. Payment must be received within 14 days of registration, but in any event before March 25, 2017.

8. Europa im Gespräch – Control & Return; the European banopticon approach of refugees

Prof. Dr. Marie-Laure Basilien-Gainche (Universität Jean Moulin Lyon 3), University of Fribourg, Miséricorde, Room Jäggi (MIS 4112), Avenue de l'Europe 20, 13. April 2017 (Beachten Sie die Datumsänderung), 17.15-18.45h

The banopticon approach, as described by Didier Bigo in his article «Globalized (In)security», argues that there is a global tendency to select small groups of people based on their profile, and treat them unfavorably or subject them to heightened surveillance. Profiling is done based on the future potential behavior of the people concerned based on their ethnicity, political history, income, and other variables.

The same tendency can also be perceived in the EU's migration policy. The EU and its Member States tend to select and reject migrants' applications for international protection or residence permits based on profiling – but what are these profiles based on? What is the treatment bestowed on refugees before and after they are profiled? How does profiling relate to interna-

tional and European human rights standards? These and other related questions will be the subject of the lecture delivered by Prof. Dr. Marie-Laure Basilien-Gainche.

Eintritt frei, keine Voranmeldung nötig / Entrée libre, aucune inscription nécessaire.

Allgemeine Informationen / Informations générales:

Institut für Europarecht – Institut de droit européen
Av. de Beauregard 11 – CH-1700 Fribourg
Tel./ Tél.: 026 300 80 90 – Fax: 026 300 97 76
euroinstitut@unifr.ch – www.unifr.ch/ius/euroinstitut

Event abrufbar unter: http://www.unifr.ch/ius/euroinstitut_fr/news_institut/news-institut?n=16207&month=4&year=2017&day=13

Die Broschüre zur Veranstaltungsreihe:

<http://www.unifr.ch/webnews/content/41/attach/7880.pdf>

9. Europa im Gespräch – Control & Return

Prof. Mauro Bussani (Universität de Trieste et de Macao), Universität de Fribourg,
Miséricorde, Salle à déterminer, Avenue de l'Europe 20, 3. Mai 2017, 17.15-18.45h

La présentation a pour objet une question jusqu'ici largement négligée dans le débat sur la mondialisation juridique, à savoir la potentielle portée géopolitique que pourrait avoir un code euro-continentale des obligations et des contrats, pensé et rédigé pour être adopté par tous les pays de tradition civiliste. Ce code offrirait une possible réponse à la question sur le rôle que le droit civil peut jouer dans le contexte juridique mondial. Cette question revient à se demander si cette tradition offre une solution dans la compétition mondiale entre les modèles juridiques. La plupart des juristes des XIXe et XXe siècles ont négligé comme ils le pouvaient cette idée. A la lumière de la situation politique et économique actuelle aux quatre coins de la planète, elle doit aujourd'hui faire l'objet d'un débat entre les juristes continentaux.

Eintritt frei, keine Voranmeldung nötig / Entrée libre, aucune inscription nécessaire.

Allgemeine Informationen / Informations générales:

Institut für Europarecht – Institut de droit européen
Av. de Beauregard 11 – CH-1700 Fribourg
Tel./ Tél.: 026 300 80 90 – Fax: 026 300 97 76
euroinstitut@unifr.ch – www.unifr.ch/ius/euroinstitut

Event abrufbar unter: http://www.unifr.ch/ius/euroinstitut_fr/news_institut/news-institut?n=16206&month=5&year=2017&day=3

Die Broschüre zur Veranstaltungsreihe:

<http://www.unifr.ch/webnews/content/41/attach/7880.pdf>

10. VölkerrechtsKulturen: Das Völkerrecht aus lateinamerikanischer Perspektive

Ximena Soley Ringvorlesung, Universität Kiel, CAP2, Hörsaal K, 4. Mai 2017, 18.15-20.00h

Aktuelle Ringvorlesung "VölkerrechtsKulturen": Ximena Soley, San José (Costa Rica), Das Völkerrecht aus lateinamerikanischer Perspektive

Weitere Informationen hier: <http://www.wsi.uni-kiel.de/de/aktuelles>

11. 7. Potsdamer MenschenRechtsTag – Menschenrechte und Integration

Prof. Dr. Logi Gunnarsson. (Universität Potsdam), Wissenschaftsetage im Bildungsforum, MenschenRechtsZentrum Universität Potsdam, 10. Mai 2017, 18.30-20.00h (anmeldepflichtig)

Öffentliche Podiumsdiskussion „Menschenrechte und Integration“, gehalten von:

- Andreas Keinath – Statusgruppen und Verteilung von Neuankömmlingen im Land Brandenburg,
- Prof. Dr. Borowski – Vorbereitung des Lehrerdienstes auf künftige Klassenstrukturen,
- Prof. Dr. Miriam Vock – Refugee Teachers – Bilanz und Perspektiven,
- Ralph Gutzmer – Integration durch Sprache: Angebote, Zwischenergebnisse und Ausichten,
- Prof Dr. Logi Gunnarsson – Moderation und Leitung.

Mehr Informationen hier: <http://www.uni-potsdam.de/jura/nachrichten-veranstaltungen/veranstaltungen/details/event/show/2017-05-10-7-menschenrechtstag.html>

12. 6 th ASIANSIL Biennial Conference

Seoul, Korea, 25.-26. August 2017

The 6th Biennial Conference of the Asian Society of International Law will take place in Seoul, Korea, from Friday 25 to Saturday 26 August 2017. The conference will be hosted by the Korean Chapter of the Asian Society of International Law, together with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Korea. The theme of the conference is "Asia and International Law in Times of Uncertainty". The conference will comprise an opening session, two plenary sessions featur-

ing invited speakers, 25 parallel sessions (see the programme of the conference) and a closing session. The biennial conference will be preceded by a half-day workshop for junior scholars on Thursday, 24 August.

II. Call for Papers

1. Contributions for Volume 21 (2016) of A.R.I.E.L.,

Austrian Review of International and European Law (Deadline: 1 March 2017)

The Austrian Review of International and European Law (ARIEL) is an annual publication that provides a scholarly forum to discuss issues of public international law and European law, with particular emphasis on topics being of special interest to Austria. It focuses on theoretical as well as practical questions and current developments in all areas of public international and European law. The editors have issued a Call for Papers for ARIEL 21 (2016) and welcome contributions submitted by 1 March 2017.

Authors are kindly requested to adhere to the guidelines set out in the general information for authors and to comply with the Oxford University Standard for Citation of Legal Authorities (OSCOLA).

The editorial staff may be contacted via email (ariel.int-law@univie.ac.at) or directly through the mail addresses indicated on the homepage.

Further information on the ARIEL, including the general information for authors, as well as the Call for Papers, may be found here: <http://eur-int-comp-law.univie.ac.at/en/ariel-international-law/>.

Detailed Flyer for the Call for Papers here: http://eur-int-comp-law.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/i_deicl/VR/Ariel/ariel_21_callforpapers.pdf

2. Annual Conference on WTO Law

Graduate Institute's Centre for Trade and Economic Integration and Georgetown University's Institute of International Economic Law, 9/10 June 2017, Geneva (Deadline: 1 March 2017)

The Graduate Institute's Centre for Trade and Economic Integration and Georgetown University's Institute of International Economic Law present a call for papers for the 2017 Conference on WTO Law.

The Annual Conference on WTO Law, which has its origins in the partnership created in the year 2000 between University Professor John H. Jackson of Georgetown, and Professor Sir Francis Jacobs, KCMG, QC, a Trustee of BIICL, has a longstanding affiliation with the Journal of International Economic Law (JIEL), published by the Oxford University Press.

The 2017 Conference will be held in Geneva, with sessions taking place at the Graduate Institute (on Friday 9 June) and at the Headquarters of the WTO (on Saturday 10 June).

Date: Friday 9 June 2017 - Saturday 10 June 2017.

Venue: The Graduate Institute Geneva, Maison de la Paix, Chemin Eugène-Rigot 2, 1202 Genève and; WTO Headquarters, Rue de Lausanne 154, 1202 Genève.

Deadline for submission of proposals is 1st March 2017 - and proposals should be submitted to manuel.sanchez@graduateinstitute.ch.

For further information, please visit the official website: http://graduateinstitute.ch/home/research/centresandprogrammes/ctei/news/past-news.html/_/news/ctei/ctei-news-2017/G2%20Annual%20Conference%20on%20WTO%20Law

3. Max Planck Trialogues on the Law of Peace and War vol. II: The Applicability of International Humanitarian Law

Call for Engaged Listeners, 30/31 March 2017, Heidelberg (Deadline: 15 March 2017)

The MPIL announces the second workshop of the Max Planck Trialogues of the Law on Peace and War. The workshop will deal with the applicability of international humanitarian law (IHL).

The workshop takes a holistic perspective and tackles the applicability in terms of its scope *ratione materiae*, *personae*, and *temporis*. The workshop will also address new forms of conflict such as hybrid war and deal with the applicable legal regimes (IHL & human rights) as well as their overlap and possible conflicts.

If you are interested to participate as an engaged listener, please respond to our call.

Deadline: 15 March 2017

Announcement on the Max Planck Institute website:

<http://www.mpil.de/de/pub/forschung/nach-rechtsgebieten/voelkerrecht/max-plancktrialogues-on-the-l.cfm>

4. The United Nations Security Council and the Sea

Conference, Université Jean Moulin Lyon 3, 4/5 May 2017, (Deadline: 15 March 2017)

The Conference is organised by the Université Jean Moulin Lyon 3 (Centre de droit international) on 4-5 May 2017.

The law of the sea governs the repression of criminality at sea only to a limited extent. The United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS), for example, is almost silent on the matter. It does not, for instance, sufficiently address issues such as drug trafficking or migrant smuggling, while its provisions are sometimes out-dated and refer to issues such as the slave trade, piracy and unauthorised broadcasting.

Sectoral treaties (such as the Palermo Protocol, the Vienna Convention and SUA Convention) complement the UNCLOS regime as regards the repression of criminality at sea, but they are of a limited scope and insufficient in various respects. The fundamental question raised by the Conference at hand is as follows: in cases where the law of the sea regime does not offer the necessary legal tools to address criminality at sea, does having recourse to the UN Security Council constitute an effective alternative to the fight against criminality at sea? The aim is to assess whether recourse to the UN Security Council offers possible legal solutions, especially in terms of authorization of interventions for States where the law of the sea does not contain them.

We invite you to send an abstract (two pages maximum) in French or English by 15 March 2017 to kiara.neri@univ-lyon3.fr together with a short CV.

Notification of acceptance will be sent on 31 March 2017.

Find the CfP here: <http://www.esil-sedi.eu/node/1617>

5. 12. deutsch-französisches Doktorandenseminar zur Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht, Völker- und Europarecht

Heidelberg, 7.-9. Juli 2017 (Einsendeschluss: 15. März 2017)

Die juristische Fakultät der Sorbonne, die Universität Straßburg, die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, die Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, die juristische Fakultät Heidelberg und das Max-Planck Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (MPIL) veranstalten in Zusammenarbeit mit der Universität Mailand vom 7. bis 9. Juni 2017 in Heidelberg das 12. Deutsch-Französische Doktorandenseminar zur Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht, Völkerrecht und Europarecht unter der Leitung von Frau Professor Dr. Anne Peters (MPIL Heidelberg). Das Seminar findet im Rahmen des deutsch-französischen Doktorandenkollegs „Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht angesichts der europäischen Integration“

und der deutsch-französischen akademischen Partnerschaft „HeiParisMax“ statt und wird durch die Deutsch-Französische Hochschule gefördert.

Leitthemen des Seminars sind aktuelle Entwicklungen des vergleichenden öffentlichen Rechts in Europa sowie des Völker- und Europarechts.

Ihr Beitrag kann sich auf einen Aspekt Ihrer Dissertation beziehen oder ein anderes Ihrer Forschungsthemen betreffen. Er soll vorzugsweise einen Bezug zu Frankreich, Deutschland (oder Italien) haben. Falls es sich um ein Thema des innerstaatlichen Rechts handelt, sollte der Vortrag Parallelen zum Europarecht oder Bezüge zum Völkerrecht aufzeigen.

Wenn Sie an dem Seminar teilnehmen möchten, bitten wir Sie, uns möglichst bald, spätestens bis zum 15. März 2017, eine Zusammenfassung Ihres Vortragsthemas (maximal eine halbe Seite) sowie Ihren Lebenslauf ggf. mit Literaturverzeichnis an folgende Adresse zu schicken: dfdk2017@gmail.com

Weitere Informationen unter: <http://www.jus-publicum.eu>

6. Asia and International Law in Times of Uncertainty

6th ASIANSIL BIENNIAL CONFERENCE, 25/26 August 2017, Seoul, South Korea
(Deadline: 15 March 2017)

The 6th Biennial Conference of the Asian Society of International Law will take place in Seoul, Korea, from Friday 25 to Saturday 26 August 2017. The conference will be hosted by the Korean Chapter of the Asian Society of International Law, together with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Korea.

The theme of the conference is “Asia and International Law in Times of Uncertainty”.

The conference will comprise an opening session, two plenary sessions featuring invited speakers, 25 parallel sessions (see the programme of the conference) and a closing session. The biennial conference will be preceded by a half-day workshop for junior scholars on Thursday 24 August.

Registration will open in late January 2017.

7. International Investment Law & the Law of Armed Conflict, ESIL IG International Economic Law Colloquium

National and Kapodistrian University of Athens, 5-6 October 2017 (Deadline: 15 March 2017)

With the support of the ESIL Interest Group on International Economic Law, the Athens Public International Law Center (AthensPIL) of the National and Kapodistrian University of Athens Faculty of Law is hosting, in the context of the Investment Law Initiative, a Colloquium on 'International Investment Law & the Law of Armed Conflict'.

Recent events in Syria, Yemen, Libya and Crimea have (unsurprisingly) brought to the surface various systemic concerns regarding international investment protection and arbitration. Investment claims and scholarly literature increasingly illustrate the wide-ranging linkages between international investment law and the law of armed conflict. Hence, the Colloquium on 'International Investment Law & the Law of Armed Conflict', aiming to chart the terrain of this multifaceted and complex relationship, could not be more timely.

To this end, international lawyers are invited to submit abstracts on the following, fairly broad, suggested topics:

- Unlawful seizures of territory in inter-state and investor-state arbitration proceedings
- 'War clauses' in investment treaties
- 'Essential security interests' exceptions in investment treaties
- Force majeure, military necessity and other circumstances precluding wrongfulness in investment claims involving armed conflict
- Protection and security standards and due diligence obligations of host states during armed conflict
- Obligations under investment treaties relating to pre-conflict military activities by host states
- Denial of benefits in case of armed conflict
- Systemic overlaps between investment protection law and international criminal law arising from investment relations with entities engaged in armed conflict
- Armed conflict and the role of administering institutions in investment arbitration
- Divergence and convergence between international investment law and the law of belligerent occupation
- Implications of armed conflict for jurisdiction and admissibility in investor-state arbitration (e.g. territory, nationality, state succession etc.)
- The effect of economic sanctions on investors' rights and investment arbitration proceedings
- OECD Due Diligence Guidance for Responsible Supply Chains of Minerals from Conflict-Affected and High-Risk Areas: towards a socially responsible investment law?
- Termination and suspension of investment treaties as a consequence of armed conflict
- Investment arbitrators' mandate vis-a-vis the obligation not to recognize as 'lawful' a situation created by an illegal use of force and/or the acquisition or occupation of territory

- Transnational (or truly international) public policy and investment arbitration in claims involving armed conflict
- Recognition and enforcement of investment arbitral awards stemming from cases involving armed conflict
- Scope for judicial dialogue and cross-fertilization between the investment protection and armed conflict regimes

Deadline for submission: 15 March 2017

Access the full CfP here: <http://www.esil-sedi.eu/node/1553>

8. European Investment Law and Arbitration Review

(Deadline: 1 April 2017)

For the 2017 issue we are inviting submissions specifically focusing on recent awards and ongoing disputes such as Yukos, Philip Morris, Eureko and Vattenfall. We also welcome submissions focusing on the Opinions and Judgments of the CJEU, such as on the EU-Singapore FTA, Micula, which are expected to be delivered in early 2017.

Submissions should be in English and must be in conformity with the house style of the journal.

The deadline for submissions is: 1st April 2017.

All submissions must be unpublished and original material. Submissions should be sent as MS-WORD doc to: EILARev2016@gmail.com. All submissions will be peer-reviewed.

The Editorial Board reserves the right to accept, reject a submission or make publication conditional on modifications, which have been suggested to the author.

Further information here: <http://www.europeaninvestmentlawarbitrationreview.eu/call-for-papers.html>

9. Hague Yearbook of International Law

(Deadline: 1 April 2017)

The Hague Yearbook of International Law announces that its 27th Volume has been published.

The Yearbook now accepts submissions for its 28th volume; on any topic of public or private international law, written in either English or French.

All articles have to be original, previously unpublished, submitted exclusively, and follow the Yearbook's style guide: <http://hagueyearbook.weebly.com/authors-instructions.html>

The deadline is 1 April 2017.

Submissions should be made to: hagueyearbook@gmail.com

10. Human Rights: Fundamental Values in International Law?

ESIL IG International HR Law, ESIL Annual Conference, 6 September 2017, Naples, Italy
(Deadline: 20 April 2017)

On the occasion of the 13th ESIL Conference in Naples, the ESIL Interest Group on International Human Rights Law invites submissions for a half day workshop on 'Human Rights: Fundamental Values in International Law?'

Date: 6 September 2017

Venue: Naples

The 2017 Naples Conference seeks to explore how international law responds to global public goods, global commons and fundamental values. In line with our approach to each annual conference, the ESIL Interest Group on International Human Rights Law will examine the theme of the annual conference from a human rights perspective.

Application Process

We invite submissions of abstracts of no more than 500 words. Selection will be based on how closely tied the abstract is to the theme of the workshop; scholarly merit; and with the view to producing an engaging workshop. All submissions are expected to be submitted as draft papers ahead of the workshop.

Each submission should include the following in the same document:

- (a) short bio containing the author's name, institutional affiliation, contact information and e-mail address;
- (b) an abstract of no more than 500 words.

Applications should be submitted by 20 April 2017 to kuremer@ku.edu.tr.

All applicants will be notified of the outcome of the selection process by 20 May 2017.

Accepted full papers are due by 20 August 2017.

11. Special issue of the Brazilian Journal of International Law on International Investment Law

(Deadline: 31 May 2017)

The Brazilian Journal of International Law invites submissions for a special issue on International Investment Law to be published in August 2017. The issue will be edited by Professors Hervé Ascensio (School of Law of Sorbonne, Paris), Catharine Titi (CREDIMI, University of Burgundy / French National Centre for Scientific Research) and Nitish Monebhurrin (University Centre of Brasília).

Submissions on all aspects of International Investment Law are welcome. The following non-exhaustive topics can be considered for submissions:

- 1) the interaction of International Investment Law with other fields;
- 2) international Investment Law and regional integration;
- 3) the execution of arbitral investment awards;
- 4) the duties of investors and corporate social responsibility;
- 5) International Investment Law and the public interest;
- 6) international financial institutions and International Investment Law.

Deadline for submission: 31st May 2017.

12. Call for Paper on Humanitarian Technology

Journal of International Humanitarian Action (ongoing)

The Journal of International Humanitarian Action welcomes submissions to the new thematic series on 'Humanitarian Technology'.

Link: <http://jhumanitarianaction.springeropen.com/hmnrntech>

Edited by Katja Lindskov Jacobsen (University of Copenhagen) and Kristin Bergtora Sandvik (PRIO/University of Oslo):

Humanitarian actors have always adopted and adapted technology to improve aid delivery and protection practices. What is of particular interest to us – and what we believe merits specific attention – is not only what technology does for humanitarian action, but what it does to humanitarian action.

With this specific focus on 'humanitarian technology' we do not mean to suggest that certain technologies are humanitarian / or inherently benign. As editors, we argue for the need to pay

greater attention to the kinds of technologies that various humanitarian actors make use of – including questions about how and why some of these technologies may not necessarily be ‘humanitarian’, e.g. because of how their application may risk exposing crisis affected individuals and communities to various kinds of insecurity.

Potential topics include but are not limited to:

- The role and place of humanitarian principles with respect to humanitarian technology
- Humanitarian ethics and technology
- How technology changes and challenges humanitarian action
- Humanitarian data and responsible data management
- Humanitarian actors use of ‘state security technologies’
- Biometrics in refugee management, food aid and medical humanitarianism
- Cybersecurity challenges in the humanitarian space
- Humanitarian drones
- Humanitarian robotics
- The challenges of adopting and adapting specific technologies for the humanitarian sector (3D printers, IoT)
- The relationship between humanitarian technology uses and refugee identity, safety and security
- The relationship between humanitarian technology uses and donor demands
- The role of technology in shaping the relationship between humanitarianism and state security

For more information on the thematic series, potential topics and submission guidelines, see: <http://jhumanitarianaction.springeropen.com/hmnrntech>

13. Jean-Monnet-Saar Blog

Prof. Dr. Thomas Giegerich, LL.M., Direktor des Europa-Instituts und Jean Monnet, Professor für Europarecht und Europäische Integration an der Universität des Saarlandes (Dauerausschreibung)

Prof. Dr. Thomas Giegerich, LL.M., Direktor des Europa-Instituts und Jean Monnet Professor für Europarecht und Europäische Integration an der Universität des Saarlandes lädt Interessierte ein, Texte zur Online Veröffentlichung auf unserem Blog Jean-Monnet-Saar (<http://jean-monnet-saar.eu>) einzureichen.

Kontakt: Wiss. Mitarbeiter Desirée Schmitt (schmitt@europainstitut.de).

14. Transitional Justice Review

(Deadline: ongoing basis)

Transitional Justice Review seeks to publish high-quality, peer reviewed scholarly articles in the field of transitional justice and post-conflict reconstruction. It provides an outlet for original research and commentary arising from the emerging discipline of transitional justice. The editors welcome all submissions addressing theoretical, normative, and empirical concerns by established scholars and by newer scholars.

Submissions are accepted on an on-going basis. See <http://www.tjreview.ca> for details.

Transitional Justice Review is a fully-refereed on-line journal published by the Centre for Transitional Justice and Post-Conflict Reconstruction at The University of Western Ontario in London, Ontario, Canada.

III. Stellenanzeigen

1. Zwei Stellen einer/eines Wissenschaftlichen Mitarbeiterin/Wissenschaftlichen Mitarbeiters

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht, Internationales Privat- und Prozessrecht, Europäisches Privatrecht und Rechtsvergleichung, Friedrich-Schiller-Universität Jena (Bewerbungsschluss: 24. Februar 2017)

Stellenausschreibung (Reg.-Nr.: 43/2017)

Am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht, Internationales Privat- und Prozessrecht, Europäisches Privatrecht und Rechtsvergleichung sind zum 1. Mai bzw. zum 1. Juni 2017 zwei Stellen einer/eines Wissenschaftlichen Mitarbeiterin/ Wissenschaftlichen Mitarbeiters mit der Hälfte der wöchentlichen Arbeitszeit zu besetzen.

Qualifikationsanforderungen:

Bewerber/innen müssen über überdurchschnittliche juristische Kenntnisse verfügen, nachgewiesen durch ein (idealerweise: 2-stelliges) Prädikatsexamen. Erwünscht ist darüber hinaus ein Interesse an den internationalen Dimensionen des Zivilrechts. Auslandserfahrung sowie Moot Court-Erfahrung sind von Vorteil.

Schwerpunktaufgaben:

Den Schwerpunkt der Tätigkeit bildet die Unterstützung der Lehrstuhlinhaberin in Forschung und Lehre. Dies beinhaltet insbesondere die Unterstützung des Vis Moot Court-Teams der Universität Jena. Darüber hinaus sind im gesetzlichen Umfang Lehraufgaben (regelmäßig in Form

von Arbeitsgemeinschaften) wahrzunehmen. Ferner wird erwartet, dass der erfolgreiche Bewerber/die erfolgreiche Bewerberin an einem wissenschaftlichen Qualifizierungsprojekt (z.B. Promotion) im Arbeitsgebiet des Lehrstuhls arbeitet.

Stellenbeschreibung:

Bei den Stellen handelt sich um halbe Stellen. Die Vergütung richtet sich nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) entsprechend den persönlichen Voraussetzungen bis zur Entgeltgruppe 13. Beide Stellen sind auf drei Jahre befristet. Eine Verlängerung ist möglich.

Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen:

Bewerbungen mit vollständigen Bewerbungsunterlagen (Motivationsschreiben, Lebenslauf, Zeugnisse) sind bis zum 24. Februar 2017 per Email an Frau Regina Franzl (r.franzl@recht.uni-jena.de) oder schriftlich an folgende Adresse zu richten.

Regina Franzl

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Zivilprozessrecht, Internationales Privat- und Prozessrecht, Europäisches Privatrecht und Rechtsvergleichung

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Carl-Zeiß-Straße 3

07743 Jena

Für die Rücksendung der Bewerbungsunterlagen ist ein ausreichend frankierter Rückumschlag beizulegen. Reisekosten zu Bewerbungsgesprächen werden nicht erstattet.

2. Senior Research Officer (E13)

International Nuremberg Principles Academy (Deadline: 28 February 2017)

The International Nuremberg Principles Academy (Nuremberg Academy) is a foundation dedicated to the advancement of the Nuremberg Principles and International Criminal Law (ICL). It is located in Nuremberg, the birthplace of modern ICL, and is conceived as a forum and capacity building institution for contemporary issues in the ICL field. The foundation's activities include training, applied research and consulting services. The Academy was established in November 2014 by the Federal Republic of Germany, the Free State of Bavaria and the City of Nuremberg.

The Academy is now seeking to recruit the Senior Officer – Interdisciplinary Research.

The successful candidate will have a broad knowledge in the field of interdisciplinary research on questions relevant for the discussion and further development of ICL and Human Rights. The ideal candidate should have an advanced degree in social or political sciences, history or a similarly relevant discipline. Solid knowledge of ICL is strongly desirable.

The Senior Officer will join a small team and will be responsible for the expansion of the Academy's activities in the field of interdisciplinary research in particular to academic communities in situation and post-conflict countries, especially in the field of social sciences, political sciences and humanities.

Under the general supervision of the Director and/or the Deputy Director of the Nuremberg Academy, the Senior Officer for Interdisciplinary Research will be responsible for the following tasks:

- Continue the current interdisciplinary research projects of the Academy;
- Conceptualize, develop and manage new interdisciplinary research projects, including identification of research partners, organization of meetings and conferences, supervision of staff and consultants involved in the projects, development and supervision of scholarship allocation and ensuring the quality of outputs produced;
- Produce high-quality publications, policy briefs and other outputs for a range of audiences, in particular for practitioners in the field of ICL and/or Human Rights, based on the results of the interdisciplinary research projects;
- Build and maintain regular contacts within the academic community (with a focus on conflict/post-conflict countries), international courts and rule of law missions, governments and civil society organizations;
- Act as the focal point for the Academy for interdisciplinary research issues
- Represent the Academy in international meetings and academic conferences;
- Carry out other activities as agreed within the Academy or assigned by the Director.

Competencies:

- Professionalism: Demonstrates professional competence as a researcher or practitioner in the field of interdisciplinary research.
- Communication: Excellent oral communication and writing skills in English. Ability to communicate effectively with different target audiences regarding substantive issues.
- Teamwork: Works collaboratively with colleagues to achieve organizational and project goals. Builds consensus for project objectives with colleagues.
- Leadership: Takes intellectual leadership in substantive areas of work and demonstrates good management skills.
- Judgement/Decision-Making: Identifies critical issues for research relevant to the work of the Academy; develops appropriate research methods and analyses data, drawing policy recommendations in accordance with the objectives of the Academy.

Qualification:

- Education: Advanced University degree social or political sciences, history or a similarly relevant discipline. Solid knowledge of ICL is strongly desirable.
- Experience: A minimum of five years of experience in development of research, in particular interdisciplinary or cross-disciplinary research at an academic, non-governmental or research institution. Up to two years research towards a PhD can be recognized as relevant experience.
- Research or practical work experience in developing, transition or post-conflict countries and/or in international institutions.
- Good knowledge of research methods and their application in multidisciplinary projects. Experience in programming and fundraising including management, supervision and reporting of projects will be considered as an asset (please indicate the volume of the projects managed by you in terms of budget, time and number of persons involved).
- Proven academic and project writing skills, including publications in the field of social sciences, law or a similarly relevant discipline (please add a list of publications).

Languages: Fluency in English with proven writing and editing skills; a good knowledge of French (written and spoken) would be a strong asset, the ability to work in German or in another UN languages would be an advantage.

The Academy promotes equality of opportunity. We offer an indefinite appointment at level E 13 (initial gross annual salary between app. 45,000 € and app. 52,600 € depending on relevant previous experience) of the Collective Agreement applicable to the German Public Service (TVöD Bund), 30 days of paid leave, coverage of relocation costs and other benefits. The contract will include 6 month probationary period.

For further information please go to www.nurembergacademy.org or contact admin@nurembergacademy.org

Please apply incl. motivation letter, CV and three references to admin@nurembergacademy.org before 28.02.2017.

Further information here: <http://www.nurembergacademy.org/about-us/job-offers/detail/senior-officer-interdisciplinary-research-21/>

3. A Researcher (PhD Candidate) in the Field of Constitutional Identity and Global Migration (65%)

Wissenschaftszentrum Berlin, Social Science Research Center, Prof. Dr. Liav Orgad
(Deadline: 1 March 2017)

In 2017, the WZB Berlin Social Science Research Center is establishing a new research group, “Global Citizenship Law: International Migration and Constitutional Identity,” which will be led by Professor Liav Orgad, connected to the Research Area Migration and Diversity (headed by Professor Ruud Koopmans) and in collaboration with the Center for Global Constitutionalism (headed by Professor Mattias Kumm).

The project, funded by a European Research Council Starting Grant, is jointly hosted by the WZB and the Robert Schuman Centre for Advanced Studies at the European University Institute (EUI) in Florence, providing the PhD candidate with a unique opportunity to benefit from Europe’s two leading research institutes in the fields of constitutional identity, citizenship theory, and international migration.

The doctoral degree will be awarded in cooperation with one of the Berlin Universities (typically, Free University of Berlin or Humboldt University of Berlin); the call is also open to PhD students at other universities in Germany or abroad who are willing to relocate to Berlin for the duration of the contract. The position is at 65% of the regular working hours (currently 25.35 hours per week), preferably starting on September 1, 2017, for the duration of four years. Salary level is E 13 TVöD (in accordance with German public service collective agreement).

The PhD Research

Global Citizenship Law invites proposals on the nexus between global migration, citizenship policy, and constitutional identity from different perspectives—law, history, philosophy, political science, and sociology. Examples of questions are: how can countries be both open and global and, at the same time, keep a national “core” that goes beyond the global economy and principles of political liberalism? What are the ways by which societies confront the identity challenge posed by massive population movements and increased cultural and religious diversity? How should states reconcile the tensions between the claims to identity made by majorities, and the rights of minorities? Should there be a new concept of global—in parallel to national—citizenship, addressing global issues, such as climate change and the environment, in which nation-states are not necessarily the best representatives of individual interests? And what could be the moral justifications and institutional structure of such a hybrid concept of citizenship? In essence, Global Citizenship Law invites us to challenge our understanding of citizenship in the age of global economy, technology, and mobility.

Additional details

Additional details on the Global Citizenship Law project are available here: https://www.wzb.eu/sites/default/files/downloads/erc_short_description.pdf

The fellow is expected to develop original research on “Constitutional Identity and Global Migration” that will result in high-quality publications; contribute to the community life; participate in research-related activities; and help in the management of the project, such as the organization of workshops and website administration.

Requirements

Researchers who hold a Master Degree in law, social sciences, or political philosophy with excellent results by the time of starting the employment contract and have a demonstrated interest in migration, citizenship, identity, or EU law and governance can apply. Applicants must have excellent writing and presentation skills in English (knowledge of other languages is a plus; English is the working language of the research group). Applicants who have not completed their Master degree by the time of application (March 1st, 2017) should include a statement from their supervisor confirming the expected date for the achievement of their degree.

In addition to the eligibility requirements, selection criteria will consider the applicant’s academic record, research plan, research motivation, previous knowledge and experience in the research areas of the project, and willingness to collaborate with other members of the “Global Citizenship” Project.

Equally well-qualified disabled persons will be given preference. The WZB expressly invites women and people with an immigrant background to apply.

Application Materials

- Curriculum Vitae (maximum 3 pages).
- Research Plan, which should contain a statement of the applicant’s ideas on the research questions, theoretical framework, and methodological approach (maximum 3 pages).
- Two Letters of Recommendation (referees can email the letter of reference directly).
- Letter of Motivation, which should describe your career plan and reasons for seeking to participate in the “Global Citizenship Law” research project (maximum 500 words).
- University or College Transcript(s).
- Writing Sample (optional).

Please submit your complete application by email (maximum two PDF files, excluding letters of recommendation) by the closing date of March 1, 2017 to:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Professor Liav Orgad
job_offer_icial_MAD@wzb.eu

Shortlisted candidates will be invited to an interview with the selection board at WZB Berlin in April 2017; travel expenses can be covered according to the WZB regulations for the reimbursement of travel costs to jobinterviews.

It is expected that decisions will be made in May 2017.

More Information here: <https://www.wzb.eu/en/jobs/researcher-1>

4. A Researcher (PhD Candidate) in the Field of Citizenship and Governance in the European Union (65%)

Wissenschaftszentrum Berlin, Social Science Research Center, Prof. Dr. Liav Orgad
(Deadline: 1 March 2017)

In 2017, the WZB Berlin Social Science Research Center is establishing a new research group, “Global Citizenship Law: International Migration and Constitutional Identity,” which will be led by Professor Liav Orgad, connected to the Research Area Migration and Diversity (headed by Professor Ruud Koopmans) and in collaboration with the Center for Global Constitutionalism (headed by Professor Mattias Kumm).

The project, funded by a European Research Council Starting Grant, is jointly hosted by the WZB and the Robert Schuman Centre for Advanced Studies at the European University Institute (EUI) in Florence, providing the PhD candidate with a unique opportunity to benefit from Europe’s two leading research institutes in the fields of international governance, citizenship theory, and global migration.

The doctoral degree will be awarded in cooperation with one of the Berlin Universities (typically, Free University of Berlin or Humboldt University of Berlin); the call is also open to PhD students at other universities in Germany or abroad who are willing to relocate to Berlin for the duration of the contract. The position is at 65% of the regular working hours (currently 25.35 hours per week), preferably starting on September 1, 2017, for the duration of four years. Salary level is E 13 TVöD (in accordance with German public service collective agreement).

The PhD Research

Global Citizenship Law invites proposals on the nexus between national citizenship and EU citizenship from different perspectives— law, history, philosophy, political science, and sociology. Examples of questions are: What degree of (civic, economic, social, and cultural) integration should a Member State require from a person seeking EU citizenship? Should a “genuine link” to the Union be established through a link to a Member State, under its own definitions, or should there be a common European regime? Should there be a European mechanism for responsibility-sharing? Should the European Union develop common criteria for admission into EU citizenship and/or a common integration policy for newcomers, similar to the criteria for admission of new states (“the Copenhagen Criteria”)? Which lessons can be drawn from the European case for a future global citizenship regime? In essence, Global Citizenship Law invites us to reflect on what it means to be “European” and examine the interrelations between national sovereignty, self-determination, and European governance.

Additional details

Additional details on the Global Citizenship Law project are available here: https://www.wzb.eu/sites/default/files/downloads/erc_short_description.pdf

The fellow is expected to develop original research on “Citizenship and Governance in the European Union” that will result in high-quality publications; contribute to the community life; participate in research activities; and help in the management of the project, such as the organization of workshops and website administration.

Requirements

Researchers who hold a Master Degree in law, social sciences, or political philosophy with excellent results by the time of starting the employment contract and have a demonstrated interest in migration, citizenship, identity, or EU law and governance can apply. Applicants must have excellent writing and presentation skills in English (knowledge of other languages is a plus; English is the working language of the research group). Applicants who have not completed their Master degree by the time of application (March 1st, 2017) should include a statement from their supervisor confirming the expected date for the achievement of their degree.

In addition to the eligibility requirements, selection criteria will consider the applicant’s academic record, research plan, research motivation, previous knowledge and experience in the research areas of the project, and willingness to collaborate with other members of the “Global Citizenship” Project.

Equally well-qualified disabled persons will be given preference. The WZB expressly invites women and people with an immigrant background to apply.

Application Materials

- Curriculum Vitae (maximum 3 pages).
- Research Plan, which should contain a statement of the applicant’s ideas on the research questions, theoretical framework, and methodological approach (maximum 3 pages).
- Two Letters of Recommendation (referees can email the letter of reference directly).
- Letter of Motivation, which should describe your career plan and reasons for seeking to participate in the “Global Citizenship Law” research project (maximum 500 words).
- University or College Transcript(s).
- Writing Sample (optional).

Please submit your complete application by email (maximum two PDF files, excluding letters of recommendation) by the closing date of March 1, 2017 to:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Professor Liav Orgad
job_offer_icial_MAD@wzb.eu

Shortlisted candidates will be invited to an interview with the selection board at WZB Berlin in April 2017; travel expenses can be covered according to the WZB regulations for the reimbursement of travel costs to job-interviews.

It is expected that decisions will be made in May 2017.

More Information here: <https://www.wzb.eu/en/jobs/researcher-0>

5. Eine Stelle als Wissenschaftliche*r Angestellte*r (Doktorandin; 50%)

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Lehrstuhl für Völkerrecht und Rechtsvergleichung,
Prof. Dr. Silja Vönekey (Bewerbungsfrist 1. März 2017)

An meinem Lehrstuhl mit dem Forschungsschwerpunkt Völkerrecht ist zum 1. Mai 2017 oder später eine befristete Stelle zu besetzen: Wissenschaftlicher Angestellter / Wissenschaftliche Angestellte (50 % Stelle).

Zu den mit der Stelle verbundenen Aufgaben zählen die Mitarbeit in Forschung und Lehre im Bereich des Öffentlichen Rechts insbesondere im Bereich des Völkerrechts. Es besteht die Möglichkeit zur Promotion.

Anforderungsprofil:

- Juristisches Staatsexamen mindestens „vollbefriedigend“;
- sehr gute Beherrschung der englischen und deutschen Sprache (Fremd- oder Muttersprache);
- Kenntnisse im Bereich des Völkerrechts;
- Kenntnisse im Bereich der Rechtstheorie/-philosophie/-ethik sind von Vorteil;
- gleiches gilt für Erfahrungen bei der Betreuung des völkerrechtlichen Jessup Moot Courts.

Die Stelle soll Doktorandinnen und Doktoranden die Mitarbeit am Lehrstuhl ermöglichen. Die Universität und das Institut streben eine Erhöhung des Frauenanteils an und fordern entsprechend qualifizierte Frauen zur Bewerbung auf. Schwerbehinderte werden bei gleicher

Eignung bevorzugt eingestellt. Bewerbungen richten Sie bitte – in elektronischer Form – mit den üblichen Angaben und Nachweisen bis 1. März 2017 an die E-Mail Adressen: voelkerrecht@jura.uni-freiburg.de und svoenkey@jura.uni-freiburg.de.

Prof. Dr. Silja Vönekey

Mehr Informationen hier:

<http://www.jura.uni-freiburg.de/institute/ioeffr2/downloads/stellenausschreibung-mai-2017>

6. Eine Stelle als Wissenschaftliche*r Angestellte* (25-50%)

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Lehrstuhl für Völkerrecht und Rechtsvergleichung,
Prof. Dr. Silja Vönekey (Bewerbungsfrist 1. März 2017)

An meinem Lehrstuhl mit dem Forschungsschwerpunkt Völkerrecht ist zum 1. Mai 2017 oder später eine befristete Stelle zu besetzen: Wissenschaftlicher Angestellter / Wissenschaftliche Angestellte (25 - 50 % Stelle)

Zu den mit der Stelle verbundenen Aufgaben zählen die Mitarbeit in Forschung und Lehre im Bereich des Öffentlichen Rechts insbesondere im Bereich des Völkerrechts. Es besteht die Möglichkeit zur Promotion.

Anforderungsprofil:

- Juristisches Staatsexamen mindestens „vollbefriedigend“;
- sehr gute Beherrschung der englischen und deutschen Sprache (Fremd- oder Muttersprache);
- Kenntnisse im Bereich des Völkerrechts;
- Kenntnisse im Bereich der Rechtstheorie/-philosophie/-ethik sind von Vorteil;
- gleiches gilt für Erfahrungen bei der Betreuung des völkerrechtlichen Jessup Moot Courts.

Die Stelle soll Doktorandinnen und Doktoranden die Mitarbeit am Lehrstuhl ermöglichen. Die Universität und das Institut streben eine Erhöhung des Frauenanteils an und fordern entsprechend qualifizierte Frauen zur Bewerbung auf. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen richten Sie bitte – in elektronischer Form – mit den üblichen Angaben und Nachweisen bis 1. März 2017 an die E-Mail Adressen: voelkerrecht@jura.uni-freiburg.de und svoenkey@jura.uni-freiburg.de.

Prof. Dr. Silja Vönekey

Mehr Informationen hier:

http://www.jura.uni-freiburg.de/institute/ioeffr2/downloads/stellenausschreibung-wiss.-mitarbeiter-25-50-ab-1.5.2017/at_download/file

7. Eine Stelle als Universitätsassistent*in (20h/w)

Universität Innsbruck, Lehrstuhl für Europarecht und Völkerrecht (Bewerbungsfrist: 04. März 2017)

Chiffre: REWI-9242

Beginn/Dauer: ab 01.04.2017 bis 31.07.2017, längstens jedoch bis zur Rückkehr der Stelleninhaberin/des Stelleninhabers

Organisationseinheit: Europarecht und Völkerrecht

Beschäftigungsausmaß: Ersatzkraft - 20 Stunden/Woche

Hauptaufgaben:

- Eigene Forschung
- Eigene Lehre
- wiss. Publikationen, Betreuung von Studierenden, Mitwirkung in der Lehre
- Aus- und Weiterbildung
- administrative Aufgaben

Erforderliche Qualifikation:

- Abgeschlossenes Diplomstudium der Rechtswissenschaften bzw. des Wirtschaftsrechts; gute Kenntnisse und besonderes Interesse im "Europarecht" sowie im "Völkerrecht"; thematische Anknüpfung: Europäisches Verfassungsrecht; gute EDV-Kenntnisse; gute Englischkenntnisse.
- Teamfähigkeit, Motivation, Einsatzbereitschaft

Stellenprofil:

Die Beschreibung der mit dieser Stelle verbundenen Aufgaben und Anforderungen finden sie unter: <http://www.uibk.ac.at/universitaet/profile-wiss-personal/dissertationsstellen.html>

Entlohnung:

Für diese Position ist ein kollektivvertragliches Mindestentgelt von brutto € 1.366 / Monat (14 mal) vorgesehen. Das Entgelt erhöht sich bei Vorliegen einschlägiger Berufserfahrung. Darüber hinaus bietet die Universität zahlreiche attraktive Zusatzleistungen (<http://www.uibk.ac.at/universitaet/zusatzleistungen/>).

Bewerbung:

Wir freuen uns auf Ihre Onlinebewerbung bis 04.03.2017.

Mehr Informationen hier:

https://orawww.uibk.ac.at/public/karriereportal.details?asg_id_in=9242

8. Eine Stelle als wissenschaftliche*r Mitarbeiter*in (50%)

Universität Bonn, Lehrstuhl für deutsches und europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Prof. Dr. Sauer (Frist 6. März 2017)

Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn sucht am Institut für Öffentliches Recht für den Lehrstuhl für deutsches und europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht zum 01.04.2017 befristet für die Dauer von zunächst einem Jahr (wegen Vertretung der Stelleninhaberin) eine/-n wissenschaftliche/-n Mitarbeiter/-in, 50%.

Nach dem Ende der Elternzeitvertretung wird am Lehrstuhl erneut eine Stelle in gleichem Umfang für die Dauer von dann drei Jahren zu besetzen sein. Es ist beabsichtigt, die Inhaberin/den Inhaber der jetzt ausgeschriebenen Stelle auch für die dann freiwerdende Stelle zu berücksichtigen. Die Kandidatin/der Kandidat soll den Lehrstuhlinhaber bei seinen Tätigkeiten in Forschung und Lehre unterstützen. Dazu zählt insbesondere die Erarbeitung von Veranstaltungsmaterialien für "Muster-Arbeitsgemeinschaften" zu den Vorlesungen Staatsrecht I und Staatsrecht II unter Unterstützung durch die anderen Lehrstuhlmitarbeiter und den Lehrstuhlinhaber.

Chancengleichheit ist Bestandteil unserer Personalpolitik.

Wenn Sie sich für diese Position interessieren, senden Sie bitte Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (mit Lichtbild) in einer pdf-Datei bis zum 06.03.2017 an Herrn Professor Dr. Heiko Sauer (sauer@jura.uni-bonn.de).

Die ganze Ausschreibung hier: <https://www.jura.uni-bonn.de/aktuelles/stellenausschreibungen/ansicht/news/stellenausschreibung-fuer-den-lehrstuhl-fuer-deutsches-und-europaeisches-verfassungs-und-verwaltungsrecht/>

9. Eine Stelle als wissenschaftliche/-n Mitarbeiter/-in (50%)

Lehrstuhl für deutsches und europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Institut für Öffentliches Recht, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (Bewerbungsschluss: 6. März 2017)

Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn sucht am Institut für Öffentliches Recht für den Lehrstuhl für deutsches und europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht zum 01.04.2017 befristet für die Dauer von zunächst einem Jahr (wegen Vertretung der Stelleninhaberin) eine/-n wissenschaftliche/-n Mitarbeiter/-in, 50%.

Nach dem Ende der Elternzeitvertretung wird am Lehrstuhl erneut eine Stelle in gleichem Umfang für die Dauer von dann drei Jahren zu besetzen sein. Es ist beabsichtigt, die Inhaberin/den Inhaber der jetzt ausgeschriebenen Stelle auch für die dann freiwerdende Stelle zu berücksichtigen. Die Kandidatin/der Kandidat soll den Lehrstuhlinhaber bei seinen Tätigkeiten in Forschung und Lehre unterstützen. Dazu zählt insbesondere die Erarbeitung von Veranstaltungsmaterialien für "Muster-Arbeitsgemeinschaften" zu den Vorlesungen Staatsrecht I und Staatsrecht II unter Unterstützung durch die anderen Lehrstuhlmitarbeiter und den Lehrstuhlinhaber.

Sie haben:

- ein überdurchschnittliches Erstes Examen (mindestens voll- befriedigend)
- gute Kenntnisse im nationalen öffentlichen Recht und im Europarecht
- gute Kenntnisse der englischen Sprache
- idealerweise auch gute Kenntnisse der französischen Sprache
- Kenntnisse im Völkerrecht und/oder in der Rechtstheorie sind erwünscht, werden aber nicht vorausgesetzt

Sie sind:

- aufgeschlossen gegenüber den juristische Grundlagenfächern und haben die Bereitschaft zur hochschuldidaktischen Fortbildung und Interesse an der eigenen wissenschaftlichen Weiterbildung
- leistungsbereit, gut organisiert und teamfähig

Wir bieten:

- die Möglichkeit zur Promotion zu seinem selbst gewählten öffentlich-rechtlichen Thema unter Betreuung des Lehrstuhlinhabers
- eine angenehme Arbeitsatmosphäre, flexible Arbeitszeiten unter Einschluss von Heimarbeit und die Möglichkeit zum ständigen wissenschaftlichen und didaktischen Austausch in einem anregenden Fakultäts- und Lehrstuhlklima
- die Möglichkeit, ein VRS Großkunden-Ticket zu erwerben
- ein Arbeitsentgelt nach Entgeltgruppe 13 TV-L

Chancengleichheit ist Bestandteil unserer Personalpolitik.

Wenn Sie sich für diese Position interessieren, senden Sie bitte Ihre vollständigen und aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen (mit Lichtbild) in einer pdf-Datei bis zum 06.03.2017 an Herrn Professor Dr. Heiko Sauer (sauer@jura.uni-bonn.de).

10. Law Clerk to Judges of the International Court of Justice

Associate Legal Officer, multiple positions (Deadline: 10 March 2017)

The International Court of Justice wishes to appoint a number of Law Clerks, each of whom will provide research and other legal assistance to one of the judges of the Court. For administrative purposes, the Law Clerks are attached to the Department of Legal Matters.

Functions:

Under the supervision of the judge to whom he or she is specifically assigned, the Law Clerk will provide that judge with legal research and related assistance with regard to cases pending before the Court. The Law Clerk may also be required to provide legal assistance and support to a judge *ad hoc* participating in a particular case. In co-ordination with his or her judge, the Law

Clerk may also from time to time be called upon to perform some specific legal tasks for the Registry.

Deadline for applications: 10 March 2017

Post title: Law Clerk to Judges of the Court (Associate Legal Officer)
(multiple positions)

Grade: P-2

Reference: 2017/1

Duty Station: International Court of Justice, The Hague, Netherlands

Organizational Unit: Law Clerks to Judges

Remuneration: □54,869

More information here:

<http://www.icj-cij.org/registry/index.php?p1=2&p2=5&p3=3&v=167&lang=en>

11. Postdoctoral researcher in International Law or Private Law

University of Amsterdam, Faculty of Law (deadline 15 March 2017)

Project description

The Faculty of Law is offering a position for a postdoctoral researcher in International Law or Private Law, or a combination thereof. The postdoctoral researcher will develop his or her project within the framework of the Faculty's research priority area on 'Law and Justice Across Borders', which is a cooperation of the Faculty's three centres of excellence—the Amsterdam Centre for European Law and Governance (ACELG), the Amsterdam Center for International Law (ACIL) and the Centre for the Study of European Contract Law (CSECL).

The position provides the opportunity for three years of postdoctoral research in International Law or Private Law, or a combination thereof. It should address how processes of globalization effect and transform land rights, the use of the land and its resources. The researcher is free to propose specific angles to this focus and to perhaps place it within a broader framework. Research projects might connect to the international human rights as aspects of the theme, to its international economic law dimensions, or to cross-cutting issues of sustainable development, for instance. They might also connect to the conception and protection of property rights and contract titles. The interaction between spheres of law may also be an issue. It is important that the project has a leading international or perhaps transnational component. Innovative approaches and research methods, or their original combination, are particularly welcome.

The postdoctoral researcher is expected to undertake research independently and work towards several publications in leading international journals and possibly towards the publication of a research monograph. The researcher should explore possibilities of cooperation, of joining or creating research networks related to the project. He or she is encouraged to apply for research funding for collaborative or individual projects, for instance with the European Research Council (ERC) or the Netherlands Organisation for Scientific Research (NWO). Support and assistance will be provided for that purpose.

The postdoctoral researcher will benefit from committed research supervision as well as interaction with other researchers in the lively and supportive intellectual environment of ACIL and the Faculty's research priority area on 'Law and Justice Across Borders'. This research priority area brings together researches of International Law with researchers of European Public and Private Law, as well as legal theorists. It combines the Faculty's three centres of excellence—the Amsterdam Centre for European Law and Governance (ACELG) and the Centre for the Study of European Contract Law (CSECL), next to ACIL. The position is made possible by the Jaarsma-Adolfs Fund.

Click here for more detailed information <http://www.uva.nl/en/about-the-uva/working-at-the-uva/vacancies/content/2017/01/17-020-postdoctoral-researcher-in-international-law-or-private-law.html>

12. Eine Stelle als Akademischer Mitarbeiter/Akademische Mitarbeiterin (halbtags)

Universität Heidelberg, völkerrechtlich ausgerichteter Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Prof. Dr. Seibert-Fohr (Frist 15. März 2017)

An dem völkerrechtlich ausgerichteten Lehrstuhl für Öffentliches Recht der Juristischen Fakultät in Heidelberg (Professor Dr. Seibert-Fohr) ist zum 15. April 2017 (ggf. früher) die Stelle einer/eines Akademischen Mitarbeiterin/ Mitarbeiters (halbtags) zu besetzen.

Die Stelle ist zunächst auf die Dauer von zwei Jahren angelegt, die Vergütung erfolgt in E 13

TV-L. Gelegenheit zur Promotion wird gegeben.

Einstellungsvoraussetzungen: 1. Juristisches Staatsexamen mit weit überdurchschnittlichem Erfolg (mind. Prädikat) und der Nachweis hervorragender Leistungen im Bereich des Öffentlichen Rechts. Gute Fachkenntnisse im Bereich des Völkerrechts (mit entsprechendem Nachweis in der Schwerpunktsbereichsprüfung) sind erwünscht. Gute Fremdsprachenkenntnisse (Englisch in Wort und Schrift verpflichtend; Französisch oder eine andere europäische Sprache erwünscht) sind ebenso Voraussetzung wie der sichere Umgang mit dem PC. Unverzichtbar sind Team- und Organisationsfähigkeit. Erfahrung bei der Mitarbeit an einem Lehrstuhl als studentische Hilfskraft ist von Vorteil.

Der Aufgabenbereich umfasst die Unterstützung von Forschung und Lehre auf dem Gebiet des Öffentlichen Rechts, einschließlich des Völkerrechts und der Menschenrechte. Besondere Einblicke in die Arbeit des UN-Menschenrechtsausschusses werden gegeben.

Bitte richten Sie Ihre schriftliche Bewerbung mit den üblichen Unterlagen - Bewerbungsschreiben, aussagekräftiger tabellarischer Lebenslauf und Qualifikationsnachweise (Abitur, Liste der Scheine u. Staatsexamensnoten -Examenszeugnis kann nachgereicht werden) - bis zum 15.3.2017 an

Prof. Dr. Anja Seibert-Fohr (Betr.Bewerbung akadem. Mitarb.)
Juristische Fakultät
Friedrich-Ebert-Platz 2
69117 Heidelberg

Hinweis: Reichen Sie bitte die Bewerbungsunterlagen nur in Kopie ein. Bewerbungskosten (einschließlich Reisekosten) können nicht erstattet oder übernommen werden. Wir bitten außerdem um Verständnis, dass Bewerbungsunterlagen nicht zurückgesandt werden können.

Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

13. Eine Stelle als Research Assistant (50% - 60%)

Universität Zürich, Institute of Law, Chair for Banking, Trade and Financial Market Law,
Prof. Dr. iur. Alexander (Bewerbungsfrist: 31. März 2017)

The position is open to candidates fulfilling the following requirements:

- Fluency in both English and German (both C2 or above)
- Currently Master students / Graduates (MLaw/ lic. iur.) / PhD students
- Above-average grades
- Large interest in European and International Economic Law, Swiss Corporate Law and International, European and Swiss Financial Law

Work will entail administrative duties at the chair, contribution to teaching and exams, and research for publications and scientific projects.

The initial contract will be for a six month period in the first instance with possibility of renewal based upon satisfactory performance.

We offer diverse and challenging responsibilities (research and teaching) in an international environment with the opportunity to work on a doctoral thesis for highly qualified applicants, or to conduct post-doctoral research and teaching for a just-completed PhD student to further her/his academic or professional career.

Die vollständige Stellenanzeige: http://www.ius.uzh.ch/dam/jcr:0cb5be5f-e051-4373-97de-c208370549fb/170207_Job_Vacancy_Research.pdf

14. Eine Professur für Internationales Unternehmens- und Wirtschaftsrecht (100%)

Universität Wien (Bewerbungsfrist: 31. März 2017)

Offen für Neues. Seit 1365. Als Forschungsuniversität mit hoher internationaler Sichtbarkeit und einem vielfältigen Studienangebot bekennt sich die Universität Wien zur anwendungsorientierten Grundlagenforschung und forschungsgeleiteten Lehre, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie zum Dialog mit Gesellschaft und Wirtschaft. Die Universität Wien trägt damit zur Bildung kommender Generationen und zu gesellschaftlicher Innovationsfähigkeit bei.

Die Besetzung von Professuren mit besonders qualifizierten WissenschaftlerInnen ist dabei eine wichtige Strategie der Universität Wien. Werden Sie Teil dieser lebendigen und zukunftsweisenden Organisation.

An der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien ist eine Universitätsprofessur für Internationales Unternehmens- und Wirtschaftsrecht (Vollbeschäftigung, unbefristet) zu besetzen.

Erwartet werden:

- die Fähigkeit und Bereitschaft, das Fach „Unternehmens- und Wirtschaftsrecht“ in seiner ganzen Breite im Lehr- und Prüfungsbetrieb zu vertreten (Allgemeines Unternehmensrecht, Gesellschafts- und Wertpapierrecht, Grundzüge des Gewerblichen Rechtsschutzes und Urheberrecht);
- eine ausgeprägte, durch hochqualitative und international sichtbare Publikationen belegte Spezialisierung auf Rechtsfragen der internationalen unternehmerischen Tätigkeit, insbesondere von grenzüberschreitenden Geschäftsaktivitäten, Unternehmensakquisitionen und Konzernstrukturen, und/oder auf Rechtsvergleich im Unternehmens- und Gesellschaftsrecht;
- die Fähigkeit, in deutscher und englischer Sprache zu unterrichten.

Um die Internationalität der Professur zu fördern, werden insbesondere Kandidaten und Kandidatinnen gesucht, die in einer ausländischen Rechtsordnung ausgewiesen und bereit sind, sich in das österreichische Recht einzuarbeiten, sofern sie nicht schon über einen entsprechenden Ausweis verfügen.

Ihr Profil:

- Doktorat/PhD und Post-Doc-Erfahrung an einer Universität oder einer anderen Forschungseinrichtung
- Erwünscht ist eine facheinschlägige Habilitation (venia docendi) oder eine international anerkannte gleichwertige Qualifikation

- Hervorragende Leistungen in der Forschung, exzellente Publikationstätigkeit, internationale Reputation
- Erfahrung in der Konzeption, Einwerbung und Leitung größerer Forschungsprojekte sowie Bereitschaft und Fähigkeit zur Führung von Forschungsgruppen
- Begeisterung für exzellente Lehre, universitäre Lehrerfahrung sowie die Fähigkeit und Bereitschaft, in allen curricularen Stufen zu lehren, Abschlussarbeiten zu betreuen und den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern

Die Universität Wien erwartet die prinzipielle Bereitschaft, bei Bedarf auch organisationale Verantwortung auf Ebene der Fakultät bzw. der Universität zu übernehmen.

Wir bieten Ihnen:

- ein verhandelbares, attraktives Gehalt (Einstufung nach Kollektivvertrag für die ArbeitnehmerInnen der Universitäten in die Verwendungsgruppe A1; § 98 Universitätsgesetz 2002); die individuelle Gehaltsverhandlung erfolgt unter Berücksichtigung des bisherigen Karriereverlaufs und der derzeitigen Einkommenssituation
- zusätzlich zur gesetzlichen Sozialversicherung eine betriebliche Pensionskasse
- eine Anschubfinanzierung, insbesondere zum Aufbau und Einwerben von Forschungsprojekten
- einen sich dynamisch entwickelnden Forschungsstandort mit einem gut ausgebauten Instrumentarium der Forschungsförderung
- attraktive Arbeitsbedingungen in einer Stadt mit hoher Lebensqualität
- umfassende Beratung und Unterstützung bei Fragen in Zusammenhang mit Wohnungssuche, Schulwechsel und Dual Career
- vielfältige Unterstützungen durch zentrale Service-Einrichtungen

Die Universität Wien betreibt eine antidiskriminatorische Anstellungspolitik und legt Wert auf Chancengleichheit und Diversität (<http://diversity.univie.ac.at/>). Insbesondere wird eine Erhöhung des Frauenanteils in Leitungspositionen und beim wissenschaftlichen Personal angestrebt. Frauen werden bei gleicher Qualifikation vorrangig aufgenommen.

Bewerbungsunterlagen:

- Bewerbungsschreiben mit kurzer Beschreibung: der derzeitigen Forschungsinteressen und der Forschungspläne für die nähere Zukunft, der bisherigen und geplanten Schwerpunkte in der akademischen Lehre und Nachwuchsbetreuung
- wissenschaftlicher Lebenslauf: einschließlich Angaben zu „esteem factors“ (z. B. HerausgeberInnenschaften, Funktionen in wissenschaftlichen Gesellschaften oder Programmkomitees)
- Publikationsverzeichnis mit: Kenntlichmachung der fünf im Sinne der ausgeschriebenen Professur wichtigsten Veröffentlichungen, Angabe eines Internetlinks zum Download (PDF-Versionen) oder elektronische Übermittlung der PDF-Dateien dieser fünf Veröffentlichungen, je nach den Gepflogenheiten des Fachs Angaben zu Zitationen und Impact

- Vortragsverzeichnis: mit Angaben über eingeladene Hauptvorträge bei internationalen Tagungen
- Drittmittel: Verzeichnis eingeworbener Drittmittelprojekte (Thema, Laufzeit, Herkunft, Volumen) sowie etwaiger Erfindungen/Patente
- Verzeichnis der gehaltenen Lehrveranstaltungen und betreuten Abschlussarbeiten, insbesondere Dissertationen
- Lehrbewertungen (wenn vorhanden)
- Kopien von Urkunden und Zeugnissen

Ihre Bewerbung, in deutscher oder englischer Sprache und bevorzugt in elektronischer Form, senden Sie bitte an den Dekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c Paul Oberhammer, Schottenbastei 10-16, 1010 Wien, (romana.mayer@univie.ac.at).

Kennzahl: 0832/16

Die Bewerbungsfrist endet am 31. März 2017.

Weitere Informationen hier: http://personalwesen.univie.ac.at/fuer-mitarbeiterinnen/professorinnen/job/prof/singleview/article/an-der-rechtswissenschaftlichen-fakultaet-der-universitaet-wien-ist-eine-universitaetsprofessur-fueri/?tx_ttnews%5BbackPid%5D=11878&cHash=f2643c5cc54f3eb3f281b2cf14be68d6

15. Eine Stelle als Wissenschaftliche* Mitarbeiter (50%)

Universität Tübingen, Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht und Völkerrecht, Prof. Dr. Martin Nettesheim (Bewerbungsfrist: 01. Juni 2017)

Am Lehrstuhl Prof. Nettesheim ist ab dem 01. Juni 2017 eine Stelle von 50% (Basisarbeitszeit bei Vollbeschäftigung: 39,5 Wochenstunden) für eine/einen Wissenschaftliche/n Angestellte/n in der Promotion zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach Verg. Gr. 13 TV-L.

Aufgabengebiet:

- Wissenschaftliche Dienstleistungen zur Organisation, Vorbereitung und Durchführung von Forschung und Lehre gemäß § 72 UG in den Rechtsgebieten Europarecht, Völkerrecht (insbesondere Internationales Wirtschaftsrecht), Verfassungsrecht
- Durchführung von Fallbesprechungen.

Anforderungen:

- mindestens ein juristisches Staatsexamen mit der Note „vollbefriedigend“, gute Englischkenntnisse, Interesse für fachübergreifende Fragestellungen.

Die Universität Tübingen strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen in Forschung und Lehre an und fordert deshalb entsprechend qualifizierte Wissenschaftlerinnen auf, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte Bewerber(innen) werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Die Einstellung erfolgt durch die Zentrale Verwaltung.

Bewerbungen können mit den üblichen Unterlagen bis 28. Februar 2017 am Lehrstuhl bei Frau Isolde Zeiler (E-Mail: zeiler@jura.uni-tuebingen.de) auf dem Postweg oder per E-Mail eingereicht werden. Bei Fragen können Sie sich jederzeit an Frau Zeiler wenden.

Mehr Informationen hier:

[https://www.jura.uni-tuebingen.de/aktuelles/stellenangebote/LS Prof. Dr. Nettesheim](https://www.jura.uni-tuebingen.de/aktuelles/stellenangebote/LS_Prof._Dr._Nettesheim)

16. Lehrstuhl für Internationale Beziehungen zu besetzen

Zeppelin Universität Friedrichshafen

Die Zeppelin Universität in Friedrichshafen am Bodensee ist eine vom Wissenschaftsrat akkreditierte Stiftungsuniversität zwischen Wirtschaft, Kultur, und Politik. Sie verschreibt sich der Interdisziplinarität, Internationalität und Individualität in Forschung sowie in 15 Studien- & Promotionsprogrammen.

Innerhalb des Fachbereichs "Staats- und Gesellschaftswissenschaften" der ZU ist zum nächstmöglichen Termin der Lehrstuhl für Internationale Beziehungen zu besetzen.

Der/Die zukünftige Stelleninhaber/-in soll das Fachgebiet der Internationalen Beziehungen in der Lehre in seiner gesamten Breite vertreten, insbesondere die theoretischen Grundlagen der internationalen Beziehungen. Schwerpunkte in der Forschung können z.B. in den Bereichen Friedens- und Konfliktforschung oder supra- und internationale Institutionen oder Regieren jenseits des Nationalstaates liegen.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen eine herausragend profilierte Forschungstätigkeit aufweisen, z.B. in Form von internationalen Publikationen oder der erfolgreichen Einwerbung von Drittmitteln. Darüber hinaus wird eine exzellente didaktische Kompetenz erwartet sowie die Bereitschaft zur Übernahme anspruchsvoller, auch englischsprachiger Lehrveranstaltungen im Rahmen der Bachelor- und Masterstudiengänge sowie gegebenenfalls für Weiterbildungsprogramme. Erwünscht wird ebenfalls ein Interesse an interdisziplinärer Forschung und Mitwirkung in der Einwerbung wettbewerblicher Drittmittel für Forschungsprojekte. Erwartet wird zudem die Bereitschaft, sich an der akademischen Selbstverwaltung zu beteiligen.

Es gelten die üblichen Voraussetzungen für eine Bewerbung inkl. Habilitation bzw. habilitationsadäquaten wissenschaftlichen Leistungen. Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt eingestellt. Die Zeppelin Universität unterstützt

die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördert die Gleichstellung von Mann und Frau in der Wissenschaft.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen, einschließlich von PDFs der drei wichtigsten Publikationen des/der Bewerbers/in, werden elektronisch bis zum 5. Dezember 2016 erbeten an Frau Karin Mühl | karin.muehl@zu.de.

Weitere Informationen hier: <https://www.zu.de/universitaet/arbeiten-zu/jobs/lehrstuhl-internationale-beziehungen.php>

17. Wahlstation im Rechtsreferendariat

Harriet Taylor Mill-Institut der HWR Berlin (keine Frist)

Die Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin – Berlin School of Economics and Law – ist eine der führenden akademischen Ausbildungsstätten für den Management-Nachwuchs in Wirtschaft, Verwaltung und Justiz in Deutschland. Derzeit sind ca. 10.000 Studierende aus rund 100 Ländern in den insgesamt 50 Studiengängen der HWR Berlin immatrikuliert. Für die Ausbildung engagieren sich rund 200 Professorinnen und Professoren sowie mehr als 800 Lehrbeauftragte aus einem breiten disziplinären Spektrum, das die Betriebs- und Volkswirtschaftslehre ebenso wie Rechts-, Sozial- und Ingenieurwissenschaften umfasst. An der HWR Berlin wird in deutscher und englischer Sprache gelehrt.

Die Hochschule zeichnet sich durch hohen Praxisbezug in der Lehre, intensive und vielfältige Forschung sowie eine starke internationale Orientierung aus. Gegenwärtig bestehen mehr als 150 aktive Partnerschaften mit Universitäten weltweit. Die HWR Berlin ist Mitglied im Hochschulverbund „UAS 7 – Alliance for Excellence“, einem Zusammenschluss von sieben großen deutschen Fachhochschulen zur gemeinsamen Qualitätssicherung und Internationalisierung.

Für die vollständige Ausschreibung siehe: http://www.harriet-taylor-mill.de/images/docs/aktuelles/docs/Ausschreibung_wahlstation-lang.pdf

18. Leibniz-Stipendienprogramm zur Entwicklung von Forschungsprojekten, „Strukturwandel des öffentlichen Rechts“

(kein Bewerbungsfrist angegeben)

Im Rahmen des Leibniz-Projekts „Strukturwandel des öffentlichen Rechts“ schreibt das Max Planck Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg ab sofort Stipendien für Wissenschaftler aus dem In- und Ausland aus, die die Beantragung eines Drittmittelprojekts im Bereich des „Strukturwandels des öffentlichen Rechts“ beabsichtigen und die zur Erarbeitung des Projektantrags Zeit benötigen sowie den Austausch mit anderen Wissen-

schäftlern suchen, die zu ähnlichen Themen arbeiten. Eine thematische Nähe zu den bestehenden Institutsthemen und ein inhaltlicher Bezug zum Leibniz-Projekt „Strukturwandel des öffentlichen Rechts“ sind daher ausdrücklich erwünscht. Den Wissenschaftlern soll die Möglichkeit gegeben werden, am Institut für drei bis sechs Monate eine Finanzierung zu erhalten, die es ihnen ermöglicht, sich voll auf die Ausarbeitung eines Drittmittelanspruchs zu konzentrieren. Zugleich werden die Einbettung in die anderen Institutsprojekte, die verschiedenen Diskussionsrunden und der Austausch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Foren bieten, die eigenen methodischen Ideen und Forschungsfragen mit anderen Wissenschaftlern zu diskutieren und so schon vor der Einreichung des Antrags eine Form des „peer review“ ermöglichen.

Zum Leibniz-Projekt „Strukturwandel des öffentlichen Rechts“

Das von der DFG finanzierte Leibniz-Projekt „Strukturwandel des öffentlichen Rechts“ entwickelt den konzeptionellen und methodischen Ansatz einer interdisziplinär, international und intradisziplinär orientierten, aber gleichwohl dogmatisch geerdeten Wissenschaft vom öffentlichen Recht fort. Ziel ist die konzeptionelle Aufarbeitung und Durchdringung des Strukturwandels des öffentlichen Rechts vor dem Hintergrund der am Institut schon bestehenden Projekte, die jeweils bereits Teilelemente dieser neuen Entwicklung reflektieren. Ausgangspunkt ist ein Verständnis des öffentlichen Rechts als ein Recht der politischen Herrschaft im nationalen, supranationalen und globalen Kontext. Die Ausübung politischer Herrschaft kann heute nicht mehr allein aus der Perspektive nationaler Rechtsordnung verstanden und konzeptualisiert werden; vielmehr teilen staatliche Institutionen das Strukturmerkmal der Ausübung öffentlicher Gewalt heute mit vielen supranationalen und internationalen Institutionen. Diese Phänomene sind in der doppelten Perspektive von Effektivität und Legitimität aufzuarbeiten. Neben dem Verständnis der Interdependenzen und Interaktionen zwischen verschiedenen Rechtsordnungen und Akteuren ist daher auch die Neuvermessung von Grundbegriffen der Rechtfertigung öffentlicher Gewalt notwendig.

Diese Entwicklung erfordert eine methodische und konzeptionelle Neuausrichtung der Wissenschaft vom öffentlichen Recht, wie sie etwa die Gründung der Internationalen Vereinigung für öffentliches Recht (International Society of Public Law) im Juni 2014 in Florenz reflektiert.

Die Neuausrichtung sollte drei Elemente beinhalten: eine methodische Europäisierung und Internationalisierung der Wissenschaft vom öffentlichen Recht, eine horizontale Öffnung des öffentlichen Rechts in vergleichender Perspektive sowohl gegenüber dem Recht anderer Staaten als auch gegenüber anderen Sub-Disziplinen (u.a. dem Privatrecht) und die Transformation der disziplinären Identität, um interdisziplinär und theoretisch informierte Forschung zum Strukturwandel des öffentlichen Rechts zu gewährleisten. Der methodische Schwerpunkt der Aufarbeitung europäisierter und internationalisierter öffentlicher Gewalt liegt dabei weiterhin auf der dogmatischen Rekonstruktion als spezifisch juristische Methode im öffentlichen Recht, um die Phänomene europäisierter und internationaler politischer Herrschaft durch dogmatische Begriffe und Prinzipien zugänglich zu machen. Ganz im Sinne der Empfehlungen des Wissenschaftsrates bedarf dieser für die deutsche öffentliche Rechtswissenschaft charakteristische Zugang aber angesichts der skizzierten Entwicklungen einer interdisziplinären, intradisziplinären und internationalen Einbettung.

Beantragung

Eine kurze Projektskizze von maximal 2 Seiten sowie einen Lebenslauf richten Sie bitte an:

Max Planck Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
Sekretariat Prof. Dr. Armin von Bogdandy
Im Neuenheimer Feld 535
69120 Heidelberg

Oder per mail an: sekreavb@mpil.de

Die Höhe des monatlichen Stipendiums variiert je nach Qualifikationsstand zwischen 1200 und 2300 € entsprechend der Richtlinien der Max Planck Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

19. Stipendien AK Menschenrechte im 20 Jhd. der Thyssen Stiftung

(keine Bewerbungsfrist angegeben)

Der interdisziplinäre Arbeitskreis "Menschenrechte im 20. Jahrhundert" der Fritz Thyssen Stiftung vergibt auch in diesem Jahr Stipendien für Forschungsprojekte, die sich in dezidiert historischer Perspektive mit der Entwicklung der Menschenrechte im 20. Jahrhundert auseinandersetzen.

Näher Informationen finden Sie hier:

<http://www.fritz-thyssen-stiftung.de/arbeitskreise/arbeitskreis-menschenrechte/aktuelles/zweite-stipendienausschreibung/>

20. Visiting Professorial Fellowship

Australian Research Council Laureate Fellowship Program, Civil War, Intervention, and International Law, Melbourne Law School, Australia (no deadline indicated)

Expressions of interest are invited from Professors in the fields of international law, international relations, political theory, and global history who are interested in visiting Melbourne Law School to participate in the Laureate Fellowship Program. A Visiting Professorial Fellowship will be offered annually from 2016 to 2020. Visiting Professorial Fellows will be closely integrated into the Laureate Program, conduct master classes for early career researchers, take part in workshops, contribute to collective publications, and be invited to present at the final international conference in 2020. The program will provide funding for travel to Melbourne and accommodation for Visiting Professorial Fellows.

For further information about the Laureate Fellowship program, please contact Professor Anne Orford: a.orford@unimelb.edu.au.

IV. Summer Schools

1. Redistribution and the Law in an Antagonistic World

Transregional Academy, 21 - 30 August 2017, Berlin (deadline: 12 March 2017)

The Berlin-based Forum Transregionale Studien and the Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland cordially invite doctoral and postdoctoral scholars from the humanities and social sciences, in particular law, political sciences, political economy, history, anthropology and economy to apply for a Transregional Academy. It will be convened 21st to 30th August at the Humboldt-Universität zu Berlin on the topic “Redistribution and the Law in an Antagonistic World” and chaired by Isabel Feichtner (Julius-Maximilians-Universität Würzburg), Philipp Dann (Humboldt-Universität zu Berlin), Jochen von Bernstorff (Eberhard Karls Universität Tübingen), Surabhi Ranganathan (University of Cambridge), Celine Tan (University of Warwick), Arnulf Becker Lorca (Amherst College).

Deadline: Application received by March 12, 2017 and addressed to: academies@trafo-berlin.de

2. 2017 EUI Academy of European Law Summer Courses

Florence (Deadline: 3 April 2017)

The Academy of European Law (AEL) holds two summer courses each year, on Human Rights Law and the Law of the European Union. The two summer courses - featuring distinguished lectures, a general course, and a series of specialized courses - are open to advanced students of law or related fields, academics, lawyers, and practitioners.

The Human Rights Law course will focus on the implications of globalization for human rights, and comprises a General Course on 'Human Rights and Experimentalist Governance' by Prof. Gráinne de Búrca.

The Law of the European Union course will explore new approaches to studying the Court of Justice as well as the implications of the UK's decision to leave the EU, and comprises a General Course on 'The UK outwith the EU and the EU without the UK' by Prof. Michael Dougan.

The 2017 summer courses will be held at the European University Institute in Florence on the following dates:

Human Rights Law: 19 June - 30 June 2017

The Law of the European Union: 03 July - 14 July 2017

The programmes are available online and the call for applications is open.

Deadline for applicants: 3 April 2017.

Learn more and apply:

<http://www.eui.eu/DepartmentsAndCentres/AcademyEuropeanLaw/SummerSchool/Index.aspx>

3. Summer Law Program on International Criminal Law and International Legal & Comparative Approaches to Counter-Terrorism

TMC Asser Institute, The Hague, 29 May - 21 June 2017 (Deadline: 30 April 2017)

International Criminal Law: in Search for Accountability

The first part of the summer program will focus on International Criminal Law. What are international crimes, and how have the definitions of these crimes evolved in the last decades? The role of the International Criminal Court, ad-hoc tribunals and hybrid courts will be analysed, as well as their political and judicial shortcomings. This part of the summer program will also examine the interplay and interdependence between the different international criminal tribunals and national courts that cater to international criminal justice. It will look at the role of states, not only in preventing serious violations, but also in bringing those responsible to justice. Finally, the concepts of amnesties and immunities will be explained and how these could possibly affect prosecution of international crimes.

International Legal & Comparative Approaches to Counter-Terrorism

The second part of the summer program will focus on International Legal & Comparative Approaches to Counter-Terrorism. Terrorism and the measures that are being adopted to counter terrorism are prominent on the agendas of international organisations, governments and think tanks around the world. The program will look into the definitions of terrorism and counter-terrorism, and the evolution of these concepts since 9/11. The program will also look at how human rights are raised in the context of terrorism, especially in light of the attacks throughout 2016, and the counter-measures that are being adopted. Moreover, the summer program will critically look at how the armed conflict approach deals with terrorism. It will elaborate on how the criminal justice sector tackles terrorism from an international, regional and domestic perspective. The need for cooperation with respect to prevention and suppression of terrorism will also be examined. The summer program will conclude with the phenomenon of foreign terrorist fighters, a growing concern in many countries.

Who should participate?

(Advanced) Students and early-career professionals who are interested in studying international criminal law and/or counter-terrorism.

Application

To register for the summer programme, please fill out the form at: www.asser.nl/SummerLawProgram2017

The deadline for application is 30 April 2017.

More information here: <http://www.asser.nl/education-events/summer-programmes-2017/summer-law-program/>

4. The European System of Human Rights Protection

University of Frankfurt (Oder), 9-22 July 2017 (Deadline: 30 April 2017)

This Summer Course will deal in detail specifically with the European System for the protection of human rights. Although there are numerous summer courses and other special study programs within Europe on the human rights protection, this course concentrates on an integrated treatment of the various European systems and of specifically European issues of human rights protection, that is, with important matters relevant to over forty European countries with diverse political, economic and social systems.

5. International Children's Rights: Frontiers of Children's Rights

Leiden Law School, 3-7 July 2017 (Deadline: 1 June 2017)

Frontiers of Children's Rights provides a comprehensive children's rights course, which takes a close look at contemporary children's rights issues from a legal perspective accompanied by reflections from other academic disciplines, legal systems, local perceptions and realities. Leading academic and professional experts in the field of children's rights, international law and other relevant disciplines offer inspiring and interactive lectures, seminars and excursions in and around Leiden Law School. The classes will be taught in the beautiful premises of the renovated Leiden Observatory. On Friday the participants will visit the International Criminal Court in The Hague. Classes will be taught in The Hague that day. The week will be concluded with a dinner party at the The Hague beach.

More Information: <http://summerschool.universiteitleiden.nl/courses/frontiers-of-childrens-rights-summer-school>

6. Human Rights and Transitional Justice: Truth-Finding, Remedies and Reparations

Leiden University, 10-17 July 2017 (Deadline: 1 June 2017)

This summer school is aimed at advanced students, researchers and professionals working in the field of human rights and transitional justice. Applicants with a background in other disciplines that are relevant to the theme of the summer school will be considered as well.

The course includes about 25 hours of workshops, lectures and case studies, which require approximately 28 hours of preparation. The course is held at the new Leiden University premises in the city centre of The Hague.

More information: <http://summerschool.universiteitleiden.nl/courses/human-rights-and-transitional-justice>

7. Summer School on The Law and Practice of International Dispute Settlement

10-14 July 2017, TMC Asser Institute, The Hague, NL (Deadline: 18 June 2017)

The Amsterdam Center for International Law (ACIL) of the University of Amsterdam and the T.M.C. Asser Instituut are pleased to announce the launch of the Summer Programme on 'The Law and Practice of International Dispute Settlement'. The programme will explore both pressing and perennial issues in international adjudication and dispute settlement, from the combined perspectives of practice and public interests. We will critically examine together how processes of dispute settlement are structured, and how different mechanisms of dispute settlement compare. We will also consider the practical constraints that lawyers and judges encounter at all levels of the international adjudicatory process. We will in addition take a step back, to query how the thriving practice of international courts and tribunals may be understood and assessed.

The programme will be delivered by:

- Prof. Dr Laurence Boisson de Chazournes (University of Geneva)
- Prof. Dr Armin von Bogdandy (Max Planck Institute Heidelberg)
- Prof. Dr Hélène Ruiz Fabri (Max Planck Institute Luxembourg)
- Prof. Dr Maxi Scherer (Queen Mary University; Wilmer Cutler Pickering & Hale)
- Prof. Dr Stephan Schill (ACIL, University of Amsterdam)
- Prof. Mr Winfried van den Muijsenbergh (AKD)
- Prof. Dr Olivier Corten (Université Libre de Bruxelles)
- Dr Ingo Venzke (ACIL, University of Amsterdam)
- Dr Geoff Gordon (Asser Institute)

Eligible participants

Our summer school is designed for PhD students; other scholars and students interested in the field; members of diplomatic staffs; private and public practitioners in the field of international dispute settlement; experts and other professionals interested in the field; and members of related research and practice centres.

Application

To register for the summer school, please fill out the form at: www.asser.nl/IDS2017

The deadline for application is 18 June 2017.

More information here: <http://www.asser.nl/education-events/summer-programmes-2017/the-law-and-practice-of-international-dispute-settlement/>

8. Summer Programme on Disarmament and Non-Proliferation of Weapons of Mass Destruction in a Changing World

3-8 September 2017, TMC Asser Institute, The Hague, NL (Deadline: 30 July 2017)

During an intensive week, the summer programme provides a comprehensive overview of WMD. The programme content is delivered by a group of experienced and internationally renowned academics, diplomats and independent experts in the fields of international law, security and related disciplines. The sessions are complemented with interactive elements such as a high-level panel, a simulation exercise and field visits.

Who should participate?

The summer programme is designed for early- to mid-career professionals working for the government, such as national export control bodies, national authorities for the implementation of the CWC/BWC and national nuclear (energy) agencies. Individuals working for nongovernmental organisations, think tanks addressing WMD concerns and research centres in related disciplines are also invited to apply.

Application

To register for the summer programme, please fill out the form at: www.asser.nl/WMD2017

The deadline for application is 30 July 2017.

More information here: <http://www.asser.nl/education-events/summer-programmes-2017/disarmament/>

Impressum

Diese Mitteilungen wurden vom Newsletterteam des Arbeitskreises junger Völkerrechtswissenschaftler*innen (AjV) erstellt. Diese Informationen sind auch online in der Service-Rubrik des Völkerrechtsblogs unter <http://voelkerrechtsblog.org/> abrufbar und werden dort regelmäßig aktualisiert.

Hinweise auf Veranstaltungen, Stellenausschreibungen, Call for Papers und Konferenzen nimmt das AjV-Newsletterteam gerne unter ajvnewsletterredaktion@gmail.com entgegen.

Der Völkerrechtsblog als Projekt des AjV stellt eine Plattform dar, auf der regelmäßig Beiträge zu völkerrechtlichen Themen veröffentlicht und diskutiert werden. Die Mitglieder der DGIR sind herzlich dazu eingeladen, sich durch Blog-Posts und Diskussionsbeiträge zu beteiligen. Blog-Posts werden gerne unter ajv.kontakt@gmail.com entgegengenommen.